

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Gefängnis für Schultheiß-Direktoren

Die Strafanträge des Staatsanwalts

Berlin, 2. März 1932.

Oberstaatsanwalt Sturm stellte im Schultheißprozeß nach Schluß seines Plädoyers die Strafanträge gegen das frühere Generaldirektorium der Schultheißbrauerei.

Gegen Katzenellenbogen wurden wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prospektbetruges 1 Jahr sechs Monate Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe beantragt, gegen Penzlin wegen Bilanzverschleierung und Prospektbetrug sieben Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Wegen Bilanzverschleierung wurden gegen Dr. Sobernheim vier Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gegen Kuhlmeier zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und gegen Funke 20 000 Mark Geldstrafe beantragt.

Aus den Plädoyers

Im Schultheiß-Prozeß nahm am Mittwoch zu Beginn der Sitzung sofort die Anklagevertreter das Wort. Einleitend sprach Oberstaatsanwalt Sturm. Die Verhandlung habe ergeben, daß die Schultheiß-Brauerei ein sehr solides Unternehmen war und ist, das, wie sich ein Zeuge ausgedrückt hatte, „gut aufwattiert“ war und das bezüglich seiner Geschäftsführung eine Erschütterung schon vertragen konnte. Sonst wäre der Konzern über die Erschütterung des Oktobers 1931 auch nicht hinweggekommen. Die sorgfältige Geschäftsführung der Schultheiß-Brauerei sei bei den Ostwerken nicht vorhanden gewesen. Die Frage sei immer wieder aufgetaucht, ob das Absicht gewesen sei oder vielleicht nur eine Unordnung, die sich mit der Genialität von Katzenellenbogen verbunden hatte. Die Anklage sei an diesem Punkt mit Absicht vorübergegangen, weil die Erörterung zu weit vom Wege abgeführt hätte. Zugunsten Katzenellenbogens nehme die Anklagebehörde an, daß die unzuverlässige Buchführung der Ostwerke

eine ungewollte Unordnung

war. — Ueber den Punkt der Bilanzverschleierung, der allen fünf Angeklagten zum Vorwurf gemacht wurde, machte dann Staatsanwaltschaftsrat Grüneberg eingehende Ausführungen. Es sei eben niemand dagesessen, der Katzenellenbogen ein hinreichendes Gegengewicht geboten hätte, so daß er seiner „Aktienkrankheit“ freien Lauf lassen konnte. Das habe sich dahin ausgewirkt, daß dem ganzen Unternehmen schließlich die gesunde Grundlage entzogen worden sei.

Die Prosperität des Konzerns habe nicht mehr von der Bierproduktion, sondern vom Steigen und Fallen des Kurses abgehangen.

Daher sei die Notwendigkeit entstanden, den Kurs zu pflegen. Zu diesen Finanztransaktionen gehörten die Konsortialgeschäfte mit dem Holland- und dem Danat-Konsortium. Unzweifelhaft sollten diese Konsortien der Kurspflege dienen, aber das sei wahrscheinlich nicht ihr ausschließlicher Zweck gewesen. Die Staatsanwaltschaft sei nicht der Ansicht, daß Katzenellenbogen aus reinem Altruismus gehandelt habe, sondern sie müsse annehmen, daß bei ihm auch egoistische Motive mitgesprochen haben.

Nach einer ausführlichen Schilderung der einzelnen Geschäfte ging der Staatsanwalt dann auf die Frage ein, welche Generaldirektoren von den Engagements gewußt und wie sich dazu gestellt hatten. Katzenellenbogen

und Penzlin wußten zweifellos alles, Sobernheim habe behauptet, daß er zwar von den Geschäften gewußt habe, daß er aber nichts darüber gesagt habe, weil sie nur die Ostwerke betrafen. Die Staatsanwaltschaft glaube nicht, daß Sobernheim in diesem Punkte ganz offen gewesen sei. Nach der Aussage des Zeugen Jacob Goldschmidt habe man in Schwannwerder, in Sobernheims Villa, eingehend über das Danat-Konsortium gesprochen. Goldschmidt, hatte den Eindruck, daß Sobernheim im großen und ganzen unterrichtet gewesen sei. Die Vorstellung sei ja auch unklar, daß die Generaldirektoren des größten deutschen Konzerns über einen Betrag von 40 Millionen Mark aneinander vorbeigeredet haben könnten. Im November 1930 hätte Kuhlmeier durch eine Belastungsaufgabe die Verpflichtung erfahren und mit Funke und Sobernheim darüber gesprochen. Darauf habe das Generaldirektorium beschlossen, aus Furcht vor einer Börsenpanik und einem Run der Einleger, die Verpflichtungen dem Aufsichtsrat zu verschweigen, nachdem Katzenellenbogen die Bereinigung der Geschäfte unter persönlichen Opfern versprochen hatte. Weil man in dem Aufsichtsrat einen Gegner sah, habe man an dem Beschluß festgehalten, bis Katzenellenbogen einsehen mußte, daß er seine Zusage nicht halten konnte. Alle Angeklagten seien unbedingt verpflichtet gewesen, dem Aufsichtsrat von den verlustreichen Engagements Mitteilung zu machen, gleichgültig ob der Aufsichtsrat diskret oder indiskret war und welche Konsequenzen sich daraus ergaben. Der Einwand der Verteidiger, daß die Publizitätspflicht durch ein Gewohnheitsrecht durchbrochen sei, trafe nicht zu. Ob die Konsortialgeschäfte in der Bilanz erwähnt werden mußten, sei nach den Gutachten der Sachverständigen und nach der Rechtsauslegung zweifelhaft. Aber unzweifelhaft sei es, daß die Vorgänge unbedingt im Geschäftsbericht erwähnt werden mußten.

Durch das Verschweigen der Engagements sei das Publikum getäuscht worden.

Der Grundsatz des Prof. Leitner, Geschäftsinteresse gehe über Wahrheitspflicht, widerspreche den Entscheidungen des Reichsgerichts, so daß die Angeklagten des Vergehens gegen § 314 des Handelsgesetzbuches schuldig zu erklären seien.

Ueber die anderen Punkte, bei denen den Angeklagten Bilanzverschleierung zur Last gelegt wird, faßte sich der Anklagevertreter wesentlich kürzer. Für die Verbuchung der Forderungen des Konzerns an die Nutria-

Auch er will
Reichspräsident werden



Betriebsanwalt Gustav Winter aus Großjena, der durch seine Schwendmarkschöner mit den rotgestempelten Tausendmarkscheinen bekannt ist, hat dem Reichswahlleiter seine Präsidentschafts-Kandidatur mitgeteilt. Winter verbüßt zur Zeit eine Strafe. Er möchte wohl gern sich selbst begnadigen.

Gesellschaft, die niemals eine Bank oder auch nur eine Hausbank gewesen sei, als Bankguthaben, hielt er in erster Linie die Angeklagten Katzenellenbogen und Penzlin für schuldig. Ein Bankguthaben sei das Paradestück jeder Bilanz und beide Angeklagte hätten gewußt, daß dieses angebliche Guthaben nur eine Konzern-Forderung gewesen sei, so daß es für sie ganz egal gewesen sei, ob die Revisionskommission diese Buchung nur feststellte oder monierte. Durch die Aussagen der Mitglieder der Revisionskommission seien aber auch die Angeklagten Sobernheim und Kuhlmeier überführt worden, denn sie waren Teilnehmer an einer späteren Sitzung, in der die Kommission diese Bilanzierung schließlich beanstandete. Nach der Beweisaufnahme hätten diese vier Angeklagten gewußt, daß durch diese Buchung Liquidität in der Bilanz vorgetäuscht wurde. In diesem Prozeß wäre das einzig Gute, wenn er allen jenen, die dasselbe getan hatten, zeigen würde: „Bis hierher und nicht weiter.“

Neue Devisenschiebung aufgedeckt

TU. Berlin, 2. März 1932.

Die Zollfahndungsstelle für Berlin und Brandenburg hat wieder eine große Devisenschiebung, in der das Reich um 800 000 Mark geschädigt wurde, aufgedeckt. Der Berliner Kaufmann Ludwig Ringwald vom Kurfürstendamm ist festgenommen worden. Es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Der holländische Bankier Hauser gab Ringwald den Auftrag, Wertpapiere in Deutschland zu verkaufen. Ringwald führte diesen Auftrag auch aus, legte das Geld aber nicht auf Sperrkonto, sondern händigte es Hauser in bar aus. Gegen Hauser ist ein Steckbrief erlassen worden.

Die Schule als Klasseninstrument

Von Georg Steinfeld

Zum theoretischen Schatz der Vorkriegssozialdemokratie gehörte als unveräußerliches Axiom, daß in jeder auf dem Gegensatz der Klassen beruhenden Gesellschaft auch das Erziehungswesen und die Schule einen ausgeprägten Klassencharakter aufweisen. Ganz besonders die kapitalistische Produktionsweise mit ihren scharfen Klassengegensätzen bringt die Parallelität zwischen Arbeit und Erziehung, zwischen sozialem System und Schule zu markantem Ausdruck: Erziehung und Schule sind für die Besitzenden die Mittel zur Sicherung der Leitung im Staat und Wirtschaftsleben, ebenso wie zur Verfeinerung ihres Lebensgenusses; für die Besitzlosen die Mittel zur Befestigung der bürgerlichen Herrschaft durch Erziehung zu Arbeit und Gehorsam, zur Knechtschaft und Ausbeutung. Der praktische Tageskampf der Partei war nichts anderes als das Widerspiel dieser theoretischen Erkenntnis. Zweifler mögen das Protokoll des Mannheimer Parteitags nachlesen, auf dem neben Clara Zetkin der heutige Umlerner Heinrich Schulz die Thesen für den sozialdemokratischen Schulkampf entwickelte.

Seit der Burgfriedenspolitik des Krieges und gar erst seit der Koalitionspolitik der Nachkriegszeit hat auch auf diesem Gebiet bei der Sozialdemokratie das große Umlernen sich vollzogen. Mit der Anerkennung des bürgerlichen Staates als eines über den Klassen schwebenden, ihre Gegensätzlichkeit mildernden und überbrückenden Ausgleichsinstrumentes werden auch

Erziehung und Schule zu unpolitischen und neutralen Angelegenheiten der kapitalistischen Gesellschaft gestempelt,

und der ehemals rote Volksschullehrer von Bremen preist als Staatssekretär der bürgerlichen Republik avancierter Regierungsmann den offenbaren Klassenverrat des Weimarer Schulkompromisses als „Versöhnungswerk der Demokratie“, herufen, zu wirken, im Sinne der Liebe zur Heimat, im Geiste deutschen Volkstums und zur Pflege und Stärkung des Willens zur staatlichen Gemeinschaft.

Da dieser Unfang von der „Neutralität der Schule“ nicht nur die Gehirne eines großen Teiles der sozialistischen Lehrerschaft okkupiert hat, sondern bis weit hinein in die Kreise der proletarischen Elternschaft und mit Erziehungsfragen beschäftigten Funktionäre getragen worden ist, kann es für uns nicht überflüssig sein, „alte Manuskripte“ wieder hervorzuholen und die Klassenbedingtheit des Schul- und Erziehungswesens aufzuzeigen, hinsichtlich seines organisatorischen Aufbaus sowohl wie hinsichtlich seines Lehrinhaltes und seiner Erziehungsmethoden.

I.

Die Organisationsform

Schon der äußere Aufbau des Schul- und Bildungswesens macht den Gegensatz der Klassen deutlich: Bevorzugung des Bürgertums — Entrechtung des Proletariats. Denn es gibt bekanntlich

a) die höheren Schulen für die herr-

schende Klasse: zur Ausbildung von Leitern des Staates nebst Anhang (hohe Staatsbürokratie, Juristen, Staatsanwälte, Offiziere und Geistliche) und der Wirtschaft (Ingenieure, Direktoren, Syndizi usw.).

b) die Volksschule für die von der Macht ausgeschaltete Klasse: zur Heranbildung von Soldaten, Streikbrechern, fleißigen Arbeitstieren, genügsamen Herdenmenschen, geduldigen Kirchensclaven und leichtgläubigen Ausbeutungsobjekten, und

c) die mittleren Schulen für die mit herrschenden kleinbürgerlichen Elemente zur Verbreiterung der kapitalistischen Herrschaftsbasis durch Zwischenklassentreibholz, auch „Mittelschichten“ genannt: zur Ausbildung von mittleren Beamten, Lehrern, Technikern, Angestellten.

Haben Republik und Weimarer Verfassung an dieser evidenten Klassenscheidung auch nur das mindeste geändert? Alles ist beim alten geblieben, trotz des verfassungsmäßig und programmatisch geforderten einheitlichen und „organischen“ Schulaufbaus.

Das erste Hemmnis zur Durchführung der Einheitlichkeit bildet schon die aufrecht erhaltene hinterwäldlerische

Spaltung der Schuljugend nach dem Geschlecht

Seit Jahrzehnten ist die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen in allen modernen Kulturstaaten mit bestem Erfolg durchgeführt. Sie macht die Berufswahl und Berufsausbildung von herkömmlichen Vorurteilen frei und von äußeren Zufälligkeiten unabhängig; sie gewährleistet eine naturgemäße geistige und körperliche Entwicklung der jungen Generation und schaltet jene krankhaft gesteigerten Verzerrungen im Verkehr der beiden Geschlechter aus. Die „Fachmänner“ aus der pädagogischen Steinzeit, die die Schulartikel der Reichsverfassung zusammenschusterten, hatten für derartige, ihnen wohl „hypermodern“ erscheinende Selbstverständlichkeiten keinen Sinn. Und so blieb das Petrefakt der Geschlechtertrennung in der Erziehung auch in der Hauptsache weiter bestehen.

Schlimmer als diese Scheidung ist die Zerklüftung der Jugend nach dem

Geldsack des Vaters.

Freilich deklamiert die Verfassung in schönem Pathos, daß für den verheißenen organischen Aufbau und die Aufnahme eines Kindes in eine höhere Schule „seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung . . . seiner Eltern maßgebend“ sein sollen, und fügt sogar ein paar Sätze an, daß durch Freistellen, Erziehungsbeihilfen usw. der steinige Weg für proletarische Fähigkeiten etwas geglättet werden soll. Waren diese Mittel schon von allem Anfang an völlig unzureichend und die Bestimmungen hinsichtlich der Leistungsträger und der obligatorischen Verpflichtung mehr als vage, so blieben sie praktisch und aufs ganze gesehen nichts als unverbindliche Zukunftsmusik, und änderten nicht das mindeste an der höchst unsozialen Struktur des Bildungswesens. Denn das Proletariat muß frühzeitig verdienen und kann sich den Luxus einer langen Bildungszeit nicht leisten. Was in den letzten Jahren aus diesen geringen Mitteln geworden ist, darüber braucht wohl an dieser Stelle nicht gesprochen zu werden; ein Blick in die Etats von Ländern und Gemeinden redet da eine unmißverständliche Sprache.

(Weitere Artikel folgen.)

„Innere Abrüstung“ in Oesterreich?

Wien, 1. März 1932.

Bundesminister Bachinger hat heute die Führer des Republikanischen Schutzbundes empfangen und mit ihnen über die Frage der inneren Abrüstung verhandelt. Sie haben seine Vorschläge entgegengenommen. Nach Rücksprache mit den Führern der anderen Formationen werden sie zu einer neuerlichen Rücksprache mit Bundesminister Bachinger eingeladen werden.

*

Bekanntlich hat der Republikanische Schutzbund, die Selbstschutzorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, einer „inneren Abrüstung“ zugestimmt unter der Bedingung, daß sie allgemein, gleichzeitig und unter gegenseitiger Kontrolle vorgenommen würde. Sehr aussichtsreich dürfte der Versuch kaum sein; am Schluß — das ist die Gefahr — könnte nichts anderes herauskommen als die einseitige Entwaffnung des Schutzbundes, soweit sie noch nicht erfolgt ist — oder das Ganze läuft, was wahrscheinlich ist, wie das Hornberger Schießen aus. Warum soll es im kleinen anders sein als im großen?

12 Personen beim Grenzübertritt erschossen. Acht rumänische Familien, die aus Rußland nach Rumänien zu entkommen versuchten, wurden am Dnjestr von einer russischen Grenztruppe überrascht, wobei 12 Personen getötet wurden. Die anderen wurden in die Flüsse geschoben.

Goerdeler will sparen

Entgegen der Annahme, zu der gewisse Wendungen seiner Rundfunkrede berechtigten, bleibt Goerdeler zunächst im Amte. Da er aber selber erklärt hat, daß die Wirtschaft jetzt nicht weiter durch Preisabbau beunruhigt werden darf, so ist aus diesem Verbleiben Goerdelers nur der Schluß zu ziehen, daß seine Kraft der Reichsregierung aus anderen Gründen erwünscht sein muß. Es ist nun bekannt, daß Goerdeler sich schon seit einiger Zeit mit besonderer Vorliebe dem Gebiet der Sozialpolitik widmet. So soll aus seiner Hand bereits ein fertiger Plan vorliegen, der eine „Vereinfachung“ der Arbeitslosenversicherung bezweckt. Hierüber hat nun Goerdeler in einer von der „jungpreussischen Bewegung“ in Königsberg veranstalteten Versammlung näher Einzelheiten ausgeplaudert. Die „Vereinfachung“ erstrebt Goerdeler in der Weise, daß Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge zusammengelegt werden sollen. Damit will Goerdeler nach seinen eigenen Darlegungen 300 bis 500, nach Mitteilungen anderer sogar

600 Millionen Mark aufsparen.

Wie dies Goerdeler bewerkstelligen will, geht aus dem Bericht über die Königsberger Versammlung nicht hervor, doch weiß man, daß seit geraumer Zeit im Schoße des Reichskabinetts mit dem Plan umgegangen wird, die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung generell auf das Niveau der Fürsorge sätze zu senken und außerdem den Genuß der Unterstützung allgemein von der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Das liefe also nicht nur auf einen neuen unerhörten Raub an den Arbeitslosen hinaus, sondern es wäre zugleich

das Ende der Arbeitslosenversicherung überhaupt

Diese würde dadurch den Charakter einer öffentlichen Fürsorge erhalten, nur mit dem Unterschied, daß die Arbeitenden nach wie vor zur Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung gezwungen sind. Die Ausführungen Goerdelers in Königsberg können als Beweis dafür angesehen werden, daß diese Pläne schon ein

ziemlich reifes Stadium erreicht haben und daß lediglich die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen vorläufig verhindert, sie zum Gegenstand einer neuen Notverordnung zu machen.

Damit ist die neue sozialreaktionäre Offensive indessen noch nicht erschöpft. Goerdeler propagierte in Königsberg auch wieder

„eine elastischere Gestaltung der Tarifpolitik“,

angeblich, um hierdurch „gewisse Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung“ zu gestatten, aber da mit dieser Begründung auch all die bisherigen Tarifeinbrüche vorgenommen worden sind, so weiß man, was damit gemeint ist.

Abfindung oder Arbeitslosenversicherung?

Das Reich hat bekanntlich 20 Mill. RM. bereitgestellt, um den durch die Sanierung der Banken überflüssig gewordenen Bankangestellten eine Abfindung zu zahlen. Man rechnet mit durchschnittlich 4000 bis 5000 RM. je Kopf.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, ob durch diese Abfindung, wie es heißt, alle auch zukünftigen Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung fortfallen, oder ob nach einer dem Abfindungsbetrag angepaßten Karenzzeit die Abgebauten Alu-Versicherung beziehen können. Diese letztere Ansicht müßte eigentlich selbstverständlich sein, doch gelang es bisher nicht, eine authentische Erklärung zu bekommen.

Weiterhin steht noch die Frage offen, ob die zur Entlassung kommenden Bankbeamten die Abfindung nehmen müssen, oder ob sie ein Wahlrecht zwischen Abfindung und Alu-Versicherung bekommen. Was im übrigen aus den sonstigen Versicherungsrechten wird, weiß auch noch niemand. Es wäre dringend notwendig, wenn die hier herrschende allgemeine Unsicherheit schnellstens durch klare Entscheidungen beseitigt würde.

Tschapei besetzt

Rückzug der Chinesen

Tokio, 2. März 1932.

Wie das japanische Oberkommando mitteilt, haben japanische Truppen bereits einen Teil von Tschapei besetzt. Tschapei werde noch heute vollkommen in japanische Hände fallen. China soll heute ein Ultimatum übermittelt werden, die Wusungforts innerhalb 18 Stunden den Japanern freiwillig zu übergeben. Der japanische Kriegsminister Araki erklärte die Waffenstillstandsverhandlungen als überflüssig, da die militärischen Operationen jetzt nicht eingestellt werden könnten. Japanische Flieger haben heute erneut Bomben geworfen. Die Verbindung zwischen Schanghai und Nanking ist gestört.

*

Schanghai, 2. März 1932.

Die Chinesen haben ihre bisherigen Stellungen aufgegeben und ziehen sich hinter die 20-km-Zone zurück. Die Loslösung der

Truppen erfolgte unbemerkt von den Japanern und in voller Ordnung. Der chinesische Oberkommandierende, Tsai, erklärte, wenn die Japaner folgen und einen weiteren Druck auf seine Truppen ausüben sollten, werde der Widerstand fortgesetzt werden. Da die Japaner die Loslösung der Chinesen zunächst nicht bemerkten, warfen Marineflugzeuge noch Bomben auf die schon geräumten chinesischen Stellungen ab. Trotz des Rückzuges der Chinesen bombardierten sechs Flugzeuge die Schanghai-Nanking-Eisenbahn. Die Japaner besetzten T a s a n g.

*

Der neue japanische Oberbefehlshaber in Schanghai, General Schirokawa, hat die Erklärung abgegeben, die japanischen Truppen würden ihre militärischen Maßnahmen sofort einstellen, wenn die Chinesen die japanischen Vorschläge annehmen und sich raschestens zurückziehen.

Erfolg der Lappo-Putschisten

Kabinettskrise in Finnland

Unmittelbar vor Bürgerkriegs-Kämpfen

Berlin, 2. März 1932.

Wenn auch zur Stunde der Staatsstreich der finnischen Faschisten noch nicht als endgültig geglückt bezeichnet werden kann, so ist er doch erfolgreich genug gewesen, wie aus der folgenden Meldung hervorgeht:

TU. Helsingfors, 1. März.

Innerhalb der finnischen Regierungskoalition ist es zur Krise gekommen. Die der Lappo-Bewegung nahestehende konservative Sammlungspartei hat ihre Vertreter aus dem Kabinet zurückgezogen. Der Vizepräsident des Innern Solia und der Sozialminister Kilpaelainen sind bereits zurückgetreten, während der Finanzminister Jaervinen erst zurücktreten wird, wenn sich für ihn ein Nachfolger gefunden hat. Der vierte Minister der Sammlungspartei, der Außenminister Baron Koskinea, weilt zurzeit in Genf. Durch diesen Beschluß, ihren Minister abzuberufen, stützt die Sammlungspartei die Forderungen der Lappo-Partei moralisch. Der Gesamttritt der Regierung wird erwartet in einer

klärung mißbilligt die Sammlungspartei das Vorgehen der Regierung gegen Lappo.

Ueber die Zahl der Putschisten gehen die Angaben weit auseinander. Die schwedische Zeitung „Aftonbladet“ meint, daß die Zahl von 30000 nicht zu hoch gegriffen sei. Das durch den Austritt der Sammlungspartei geschwächte Kabinet erläßt zwei Aufforderungen an die Lappolente, nach Hause zu gehen, aber ob es auch entsprechende Maßnahmen zu ergreifen imstande sein wird, ist höchst zweifelhaft. Die aufgeputschten, unter der Agrarkrise leidenden Bauern, haben ihre Hoffnung auf die Auflösung der „marxistischen“, d. h. sozialdemokratischen Organisationen gesetzt.

Der erste Lappo-Putsch endete bekanntlich siegreich für die Faschisten mit Auflösung des Parlaments, Terrorwahlen und Verbot der Kommunistischen Partei. Jetzt soll es den Sozialdemokraten an den Kragen gehen, obwohl sie noch immer die stärkste parlamentarische Vertretung haben — 66 Mandate gegenüber 59 der Agrarier (Landbau) und 22 der Sammlungspartei. Aber, das

bestätigt sich auch hier wieder, mit der parlamentarischen Macht allein ist's nicht getan. Die Lappolente machen jedenfalls keine Miene, sich durch die Regierungserklärungen einschüchtern zu lassen. Sie verlangen den Rücktritt des Gesamtkabinetts, das einem Kabinet ihres Vertrauens, einem Diktaturregime weichen soll.

*

Wie die „Berliner Volks-Zeitung“ mitteilt, hat sich bei den Putschisten ein Gast aus dem Braunen Haus, ein „Generalstabler“ Hitlers, eingefunden, um die Kenntnisse der „Jegalen“ Freunde des Herrn Goerner im Putsch zu erweitern.

Vormarsch der Putschisten?

TU. Reval, 2. März 1932

Die Lage in Finnland ist äußerst ernst. Präsident Svinhufvud hat persönlich den Oberbefehl der Regierungstruppen gegen die Lappanhänger übernommen. Kosola erklärte Pressevertretern, er hoffe, 25 000 Mann Lappo-Truppen aufstellen zu können. Die Lappo-Leute würden eher sterben, als sich der Regierung Sunila unterwerfen. (Das hat Hitler auch einmal gesagt! Red.)

Heute vormittag wurden der Vorsitzende des finnischen Frontkämpfer-Verbandes, Varama, und der Hauptschriftleiter des Lappo-Blattes „Ajan Sana“, Oberst Somersalu, verhaftet.

Nach bisher noch unbestätigten Meldungen soll heute um 14 Uhr osteuropäischer Zeit der Vormarsch der Lappo-Truppen von Mäntsälä nach Helsingfors begonnen haben. Das Hauptquartier der Lappo-Leute befindet sich südlich von Hämeenlinna.

Aufmarsch zur Wahl

Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg sprach am Dienstag in Essen zur Präsidentschafts- und Preußenwahl. Das verderbliche schwarz-rote System müsse fallen . . . Er rechtfertigte seine Politik und erklärte, er habe bewußt die Regierungspolitik durchkreuzt, um die gegenwärtige Situation herbeizuführen.

Präsidentschaftskandidat Duesterberg sprach in Bremen zusammen mit dem Deutschnationalen von Freytagh-Loringhoven. Duesterberg erklärte, für den zweiten Wahlgang sei eine Einheitskandidatur der Harzburger wahrscheinlich.

Der Adjutant Hugenbergs, Major a. D. Schmidt-Hannover, sprach gleichfalls in Essen. Adolf Hitler, der jüngste deutsche Regierungsrat, in Hamburg. Er erklärte, wenn Hindenburg nicht kandidiert hätte, hätte er selbst auch nicht seine Bewerbung aufgestellt.

Die Katholischen Kaufleute Deutschlands haben sich in einem Aufruf für Hindenburg erklärt. Die nach dem Uebertritt ihrer führenden Leute zu Hugenberg verbleibenden Reste der Deutschen Volkspartei Berlin haben ebenfalls eine Entschliebung für Hindenburg gefaßt.

Das Gleiche tat der bürgerliche „Deutsche Beamtenbund“ und der freigewerkschaftliche „Allgemeine Deutsche Beamtenbund“, der von dem früheren Ministerialrat Falkenberg geführt und vom Abgeordneten Völter im Reichstag vertreten wird.

Die Verwaltung der Leipziger Messe gibt bekannt, daß für Besucher dieser Veranstaltung ein besonderes Wahllokal und andere Bequemlichkeiten zur Verfügung stünden.

Der Reichsinnenminister hat die Länder gebeten, der Einrichtung einer Zentral-Zensurstelle für Wahlplakate zuzustimmen. Preußen erklärt jedoch, es sei schon versorgt und werde die Plakate, die auf preußischem Boden angeschlagen werden sollten, selbst zensieren.

Die Reichsverfassung bestimmt bekanntlich, daß eine Zensur nicht stattfindet.

Als Ersatz für die „Eiserne Front“, in die gute Katholiken sich nicht einreihen dürfen, haben die Herrschaften vom Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften eine „Volksfront“ ins Leben gerufen, um „ihre freiwillige Bereitschaft zum Schutz der Ordnung“ zu demonstrieren. „Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine stehen hier Schulter an Schulter zur Abwehr kommender gewaltsamer Angriffe auf die verfassungsmäßige Ordnung“. Die Führung der „Volksfront“ liegt in den Händen der Herren Körner (Köln) für die christlichen Gewerkschaften, Letterhaus-Köln für die Arbeitervereine und Katzer-Köln für die Gesellenvereine.

Aus der DVP ausgetreten

Dortmund, 1. März 1932.

Der engste Vorstand der Deutschen Volkspartei von Westfalen-Süd faßte heute den Beschluß, den zur Zeit in Berlin an einer Staatsratsitzung teilnehmenden Vorsitzenden Hembeck aufzufordern, von seiner Vollmacht nunmehr unverzüglich Gebrauch zu machen und den Austritt der Süd-Westfälischen Organisation aus der DVP zu erklären. Der Vorsitzende Hembeck ist dieser Aufforderung nachgekommen. Damit ist der Austritt vollzogen.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

22. Fortsetzung

Paul Levis Initiative

Bei den Etatsdebatten des Jahres 1926 griff dann

Paul Levi,

der verstorbene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt, den Fall Bullerjahn auf. Erst wenige Minuten vor dem Beginn der Parlamentsitzung, in der er für seine Fraktion zum Justiz-Etat das Wort ergreifen sollte, war ihm eine Abschrift des Urteils in die Hand gegeben worden. Er hatte knapp Zeit gefunden, sich mit dem Absatz der von dem unbekanntem Vertrauensmann handelte, vertraut zu machen und ließ infolgedessen die Frage nach der Schuld oder Unschuld Bullerjahns gänzlich offen. Er beanstandete bloß die Praxis, die die beiden Richter und den Kriminalkommissar zu Zeugen vom Hörensagen gemacht hatte, obwohl doch offensichtlich kein triftiger Grund gegen die direkte, also persönliche Zeugenschaft des Unbekannten sprach.

Im Juli 1927 veröffentlichten wiederum die „Zeit-Notizen“ eine längere Information über die Vorgänge bei der Prozessierung Bullerjahns. Sie nannten hierbei zum ersten Male

den Namen des Freiherrn Paul von Gontard als denjenigen des Vertrauensmannes der Polizei.

Diese Information wurde in einer ganzen Reihe bedeutender sozialistischer Blätter, u. a. in der Berliner „Welt am Abend“, abgedruckt. Gontard aber rührte sich nicht.

Das Jahr 1927 verging. Im November 1928 fand der Verfasser dieses Berichts den französischen Leutnant Jost in Nancy und erhielt von ihm

die Erklärung, daß er Bullerjahn nicht kenne, ihn niemals gesehen habe und infolgedessen auch nicht mit ihm in irgend-einer Verbindung gestanden haben könne.

Wenige Wochen später, in den ersten Tagen des Dezember 1928, wiederholte dann Paul Levi im „Berliner Tageblatt“ die Nennung des Namens Gontard, und jetzt geriet die Sache endlich in Fluß. Gontard bekannte sich der Redaktion der „B. Z. am Mittag“ als der unbekanntem Zeuge, hielt aber alle seine Behauptungen aufrecht.

Die Verteidigung Bullerjahns hatte inzwischen auf Betreiben der Liga für Menschenrechte der früheren sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn übernommen. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde vorbereitet und im September 1929 dem Reichsgericht eingereicht, nachdem sich in der Zwischenzeit noch in der Person des schweizerischen Staatsangehörigen Bienz in Basel ein Mann gemeldet hatte, der als Agent der Kontrollkommission gedient hatte und vom Reichsgericht ebenfalls wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt, später aber begnadigt worden war. Dieser Mann bekundete,

er selbst habe der Kontrollkommission die Lager in Wittensu verraten.

Um die Wiederaufnahme

Noch ein weiteres Halbjahr verstrich nutzlos. Noch blieb alles stumm. Monatlang dau-

erte es, bis sich schließlich der Oberreichsanwalt auch nur herbeiließ, zu dem Wiederaufnahme-Antrag Stellung zu nehmen. Und dann enthielt er seine Stellungnahme dem Verteidiger ebenso vor wie dem Verurteilten, der inzwischen nach der Strafanstalt Brandenburg verlegt worden war. Bullerjahns Gesundheitszustand war durch das nutzlose Abwarten derweil sehr verschlimmert worden; die Haft begann, ihr zermürbendes Werk an ihrem Opfer zu tun. Im Februar 1929 war Paul Levi, der, ohne offiziell Verteidiger Bullerjahns zu sein, dem Rechtsfall seine ganze Kraft verfügbar gemacht hatte, mitten im Jornsprozeß, gestorben. Und die beiden Journalisten, die sich die Aufhellung der dunklen Sache zur Aufgabe gemacht hatten, der Herausgeber der „Zeit-Notizen“ P. Dreyfuß und der Verfasser dieses Berichts gewannen, um Bullerjahns Hoffnungen, die am Erliegen waren, neue, kräftige Nahrung zu geben,

den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld

für die Sache. Mit dem Augenblick, wo er die Verteidigung übernahm, kam ein neuer frischer Zug in das Verfahren. Jetzt erst wurde die Entgegnung des Oberreichsanwalts von Ende Januar 1930 der Verteidigung bekannt. Er hatte mit den tadenscheinigsten Gründen von der Welt die Abweisung des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Das Zeugnis des französischen Leutnants Jost war allerdings von dem „unbedeutenden Beweismittel“, als das es der Vertreter des Oberreichsanwalts noch in der Hauptverhandlung hingestellt hatte, zu einer gewissen Bedeutung aufgestiegen. Aber es müsse der Verteidigung überlassen bleiben, die Aussagegenehmigung für Jost beizubringen. Dies konnte nie und nimmer die Aufgabe der Verteidigung sein, und Rechtsanwalt Rosenfeld belehrte den Oberreichsanwalt denn auch darüber, daß es

seine Pflicht sei, mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, die Aussage des Leut-

nants Jost vor einem deutschen Richter herbeizuführen.

Das Zeugnis des Verfassers dieses Berichts darüber, daß ihm der Leutnant Jost im November 1928 in Nancy versichert habe, daß Bullerjahn unschuldig sei, und das bestätigende Zeugnis des Rechtsanwalts Cohn, fast ein Jahr nach Jacobs Besuch in Nancy, den Leutnant nochmals aufgesucht hatte, um sich die gegenüber dem Verfasser dieses Berichts abgegebenen Erklärungen bestätigen zu lassen, erklärte der Oberreichsanwalt deshalb für

„keine geeigneten Beweismittel“,

weil nicht festzustellen sei, ob Jost den beiden Zeugen die Wahrheit gesagt habe. (!) Hier also sollte das indirekte Zeugnis, das, als Herr Paul von Gontard es zu Ungunsten Bullerjahns abgab, den Widerspruch des Oberreichsanwalts nicht gefunden hatte, mit einem Male „ungeeignet“ zur Wahrheitsfindung sein.

(Weitere Artikel folgen.)

Das Gesetz bindet uns die Hände

Eine Eheberatungsstelle im Arbeiterbezirk

„Herr Doktor, helfen Sie mir doch, mein Mann ist lungenkrank, meine fünf kleinen hausen mit uns in einer Stube, ich darf kein Kind mehr bekommen, Herr Doktor . . .“

So spielen sich Tag für Tag erschütternde Szenen in der Eheberatungsstelle ab — der Mann ist Säuerer, der Mann ist krank, der Mann ist erwerbslos; immer mehr Kinder soll die Proletarierfrau gebären, wer sie ernährt, darum kümmern sich weder Staat noch Kirche. Aber ist die Frau erst einmal schwanger, dann kann ihr nicht geholfen werden. Das Gesetz bindet den Helfern die Hände . . .

Die Eheberatungsstellen, die 1923 durch ministeriellen Erlaß ins Leben gerufen wurden, haben in ihrer eigentlichen Bestimmung eine Wandlung durchgemacht. Nur ca. 15 Prozent der Besucher bemühen sich hin, um ihre Ehefähigkeit in gesundheitlicher Hinsicht feststellen zu lassen. Und die meisten von ihnen kommen erst dann, wenn es zu spät ist, nämlich nach dem Aufgebot. Merkwürdigerweise sind es meistens Gesunde, die Skrupel wegen ihrer Gesundheit haben. Sind wirklich einmal Kranke darunter, so rät man ihnen nach dem Aufgebot lediglich von Kindern ab.

Das Hauptgebiet der Eheberatungsstellen ist

die Schwangerschaftsverhütung

geworden. Von konservativer und kirchlicher Seite wird natürlich dagegen intrigiert. Es heißt, daß dadurch das Volk verdorben, die „Unzucht“ gefördert wird — oder wie sich ihre „Moral“ sonst noch auszudrücken beliebt. Eine ungenügende Aufklärung hätte nur ungewollte Schwangerschaften zur Folge, aber die Herren wollen lieber strafen als vorbeugen.

Die Arbeit der Beratungsstelle bleibt aber nicht bei der Beratung stehen. In besonders krassen Fällen werden Sterilisationen an Frauen vorgenommen — im allgemeinen setzt man kostenlos Kappen ein, die die Frauen alle vier Wochen erneuern lassen müssen. Leider ist das manchen zu viel, so

daß sie sich durch Nachlässigkeit ihres Schutzes berauben. Nach Ansicht der leitenden Aerzte sind Kappen nicht nur die sichersten Präventivmittel, sondern auch absolut unschädlich. Sie ziehen nur in Fällen, da Unterleibs-erkrankungen bereits vorhanden sind, Entzündungen nach sich. Niemals aber ist, wie man manchmal von Laien hört, die Gefahr des Krebses im entferntesten vorhanden.

Darüber hinaus gibt es auch

seelische Konflikte

zu lösen. Meist ist es der Mann, der nach 15- bis 20jähriger Ehe keine Befriedigung mehr an der Frau findet. Je älter das Paar ist, desto schwerer läßt sich helfen. Manchmal versucht man zu bessern, indem man die Frau über die physiologische Bedeutung des Verkehrs aufklärt. Aber gerade viele Frauen klagen über die Rücksichtslosigkeit des Mannes, der in sexuellen Dingen Egoist ist und oft nicht einmal mit dem Verkehr aufhören will, wenn die Frau bereits verfallen ist. Bei jungen Leuten ergeben sich die Ehenöte häufig

aus dem Wohnungselend.

Junge Paare, die bei den Eltern in einer Stube hausen, haben zuweilen gar keine Gelegenheit zum Verkehr und kein Geld zum Hotel. Da gibt es dann häufig Eifersuchtsszenen zwischen Frau und Schwiegermutter, besonders wenn die Bindung des Mannes an die Mutter noch stark ist. Eine Aussprache mit neutralen, verständigen Menschen wirkt immer günstig, manchmal sogar befreiend.

Nach und nach sind die Eheberatungsstellen zu

Sexualberatungsstellen

geworden, zumal auch viele Männer wegen Sexualeiden Rat suchen. Jetzt sind natürlich auch diese sozial notwendigen Institutionen vom Abbau bedroht, obwohl jährlich etwa 1000 Menschen hier Fürsorge und Hilfe finden. Aber darauf kommt es ja heute nicht mehr an. Für den Privatrat hat der Prolet

kein Geld, und der Kassenarzt hat für seine Note keine Zeit. Hand in Hand mit den Beratungsstellen arbeiten die Tuberkulose-Fürsorge, der Bund für Mutterschutz, die Säuglingsfürsorge, samt ihren Rechtsauskunftsstellen. Es gibt außer den 15 Eheberatungsstellen in Berlin auch noch solche von religiösen Vereinen und bürgerlichen Frauenverbänden, die sich besonders im Westen aufgetan haben. Aber von Moralpredigten werden die Ehen weder zusammengeführt, noch die Menschen gesund. Worauf es ankommt, ist sachliche Hilfeleistung. Alle diese Aerzte, die mitten im sozialen Leben stehen, sind für eine Aufhebung des Schandparagraphen 218.

Ein Leiter einer Beratungsstelle im Berliner Südosten meint:

„Ich bin für eine rückhaltlose Aufhebung des Paragraphen.“

Wenn man propagiert, daß eine Unterbrechung niemals harmlos ist, wird sich von allein eine Geburtenregelung im Sinne einer verantwortungsvollen Kinderzeugung entwickeln. Auch in Rußland sind die Operationen wegen der seelischen Störungen eingeschränkt. Eine Aufhebung in Deutschland hätte aber nur dann einen Sinn, wenn zugleich auch die geldlichen Schwierigkeiten aufgehoben würden.“ L. Schaefer.

138 Gebäude abgebrannt

New York, 2. März 1932.

In Pennsgrrove (New Jersey) brach am Montag ein Brand aus, der sich bei dem herrschenden starken Wind schnell ausbreitete. Zwei Kirchen, das Schulhaus und 135 Häuser wurden von dem Großfeuer vernichtet. Die Ursache des Riesenbrandes ist noch unbekannt.

Paul-Boncour wurde zum Delegierten Frankreichs auf der am 3. März in Genf beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes ernannt.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO

6 STÜCK 20³

JOSETTI

> IHRER GÜTE WEGEN DEUTSCHLANDS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE %M <

SAP Bezirk Baden-Nord

Bezirksparteitag Sonntag, 6. März, in Karlsruhe, „Württembergischer Hof“. Beginn 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Mandatsprüfungskommission,
2. Politische Lage, Referent: Fritz Rück-Berlin,
3. Bericht des Bezirksvorstandes und der Ortsgruppen,
4. Neuwahl.

Hörde

Veranstaltung der Liga für Mutterschutz. Eine Aufführung, die gezeigt werden sollte, wurde von der Polizei verboten. Ueber den Grund des Verbots durfte nichts gesagt werden. Der Redner der Veranstaltung protestierte gegen die Verhaftung des Genossen Dr. Thurner. Er stellte fest, daß mit der Verhaftung der Genossen Kienle, Wolf, Selo, Thurner usw. der Bewegung die Spitze abgebrochen werden soll. Er brandmarkte die Paragraphen 218 und 184. Der Abend zeigte noch einen erstklassigen Lichtbild-Vortrag über Liebe und Geschlecht. Während der Pause wurden 51 Neuaufnahmen gemacht. Um 11 Uhr erschien die Polizei und schloß die Veranstaltung. Am 15. März findet eine Mitglieder-Versammlung im kleinen Stifthsahsaal statt.

Wieschenhöfen

Vortrag der Liga für Mutterschutz mit Lichtbildern behandelt den § 218 und findet Freitag, 4. März, 20 Uhr, bei Liesegang statt.

Osnabrück

In den Gewerkschaftsversammlungen machen die Gewerkschaftsangehörigen mit allen Mitteln Propaganda für die Eiserner Front, oft genug, nicht ohne besondere Druckmittel zu benutzen. So drohte Gewerkschaftssekretär Bolvien damit, daß er sich alle „merken“ würde, die sich nicht eintragen. Und Gustav Haß wollte es sogar den Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht machen. Aber oft genug stießen sie auf den Widerstand derjenigen, die nicht mit der Eisernen Front einverstanden sind. So ergab sich in manchen Verbänden eine lebhaft Diskussion, bei der hier und da Genossen gegen die Eiserner Front auftraten. Aber diese unangenehme Kritik konnte man, wie es in der Erwerbslosenversammlung des Metallarbeiterverbandes Gustav Haas machte, nicht anders widerlegen, als daß man ihnen kurzerhand das Wort entzog. Auch bei den Freien Schwimmern, im Gesamtverband, traten Genossen gegen die Eiserner Front auf.

Bremen

Als Delegierte für den Reichsparteitag wurden die Genossen K. Grobe und G. Waldeck gewählt. Im weiteren wurden noch organisatorische Fragen erledigt. Hingewiesen wurde auf die schmutzige Schreibweise der „Bremer Volkszeitung“ in bezug auf unsere Partei; unsere Antwort muß darum sein: Aus dem Haus mit dieser Zeitung, lest die SAZ.

Funktionärkonferenz des Bezirks Weser-Ems. Die Konferenz befaßte sich mit der Verteilung und Finanzierung der Delegierten für den Reichsparteitag. Weiter wurden organisatorische Informationen des Parteivorstandes behandelt und gutgeheißen, ebenso der Beschluß des Parteivorstandes zum Reichspräsidentenwahl. Die Agitation im Bezirk wird weiter fortgesetzt, so daß wir bald weitere Ortsgruppen gründen können. Eine heikle Frage ist die Beschaffung auswärtiger Referenten; hier müssen die einzelnen Gruppen Rücksicht aufeinander nehmen. Zur Schulung unserer Funktionäre soll nach der Reichspräsidentenwahl ein Bezirksschulungskursus unter Leitung eines Berliner Genossen stattfinden.

Stralsund

Aufregung in der „Vorpommer“-Redaktion. Die reichwehrrfreundliche SPD-Presse ist in große Aufregung geraten, weil die Nazis die zum Truppenübungsplatz ausgerückten Kampagnen zum Bahnhof begleitet haben. Die sozialdemokratische Presse sollte doch endlich erkennen, daß der „Kampf um die Reichswehr“ der größte Unsinn ist, den eine Arbeiterpartei begehen kann. Gerade der letzte Erlaß des Reichswehrministers Groener sollte die letzten Zweifel beseitigt haben. Uns ist aus einwandfreier Quelle bekannt, daß gerade die Nazipresse mit Vorliebe von Offizieren, Unteroffizieren und auch Mannschaften gelesen wird.

Der Preussische Landtag und die „Eiserne Front“. Im Landtag hat der deutschnationale Abg. Polizeimajor A. D. Bork eine Anfrage eingebracht. Er verlangt darüber Auskunft, ob die hiesigen „Eisernen Frontkämpfer“ bei Devin, also vor den Toren Stralsunds, „Kriegsvorbereitungsübungen“ betrieben haben, wie es nach Mitteilung des pommerischen Naziblattes „Diktatur“ geschehen sein soll. Hier wird der Polizeimajor eine Blamage erleben, denn es ist bereits amtlich festgestellt worden, daß es sich bei den „Übungen“ um Angehörige des Evangelischen Jungmännervereins handelt. Diese angeblichen religiösen „Frziehungsvereine“ spielen bekanntlich sehr gern im Gelände „Krieg“.

Köslin

Endlich! Wie wir erfahren, hat sich der Magistrat endlich bequemt, die Preise für Gas von 27 auf 24, für Licht von 50 auf 45, für

Bezirkskonferenzen

In Westfalen-Nord

Die Unterbezirke Westfalen-Nord hatten sich zur Aufstellung einer Einheitsliste bereit erklärt, auf der die Delegierten zum Reichsparteitag gewählt werden sollten. Dem Bezirk Westfalen-Nord stehen drei Delegierte zu. Wegen der Höhe der Kosten konnte sich die Konferenz zur Entsendung von drei Genossen nicht bereithalten. Es wurden die drei Mandate auf einen Genossen vereint und hierfür Genosse Freischläger-Ahlen einstimmig gewählt. Zur Aufbringung der Kosten soll im Monat März ein Sonderbeitrag von 10 Pf. aufgebracht werden. — Zur Programfrage wurde beschlossen, die Stellung der Unterbezirke zusammenfassend noch vor dem Stattfinden des Reichsparteitags zu veröffentlichen. — Zur Reichspräsidentenwahl wurde der Aufruf des Parteivorstandes gutgeheißen, mit dem Ziel, für den zweiten Wahlgang eine proletarische Einheitskandidatur zustandezubringen. — Zur Preußenwahl wurde eine größere Aktivierung der Unterbezirke, durch lückenlose Organisationsarbeit und Schaffung neuer Ortsgruppen für notwendig erachtet und befohlen. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte unter Berücksichtigung der noch vom Unterbezirk Minden zu benennenden Genossen. Der Erwerbslosenbeitrag wurde auf wöchentlich 5 Pf. festgesetzt. Ein Antrag des Unterbezirks Münster zu notwendigen inneren organisatorischen Fragen wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag zur Bekanntgabe des Stattfindens von Bezirkskonferenzen wurde angenommen.

in Pommern

In Stettin tagte die erste pommerische Bezirkskonferenz, die die Hauptaufgabe hatte, das Provisorium durch eine ordentliche Organisation abzulösen. Die Delegierten sprachen über ihre Erfahrungen, ihre Arbeitsweise und die in Pommern notwendigen Schritte zur Bildung der Einheitsfront. Wir haben eine straffe Organisation in Pommern, die alle Vorbereitungen getroffen hat, um systematisch die Agitation für die Partei in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande zu treiben. Die Bezirkskonferenz hofft dabei auf den Parteivorstand, der etwas mehr als bisher gerade den pommerischen Bezirk in seiner Agitationsarbeit durch Gestellung von Abgeordneten für längere Zeit unterstützen wird. Um diese Agitation noch wirkungsvoller zu gestalten, soll versucht werden, ähnlich, wie es bereits im Unterbezirk Köslin geschehen ist, auch für die anderen Unterbezirke eine Lokalzeitung in kleinem Format zu schaffen, die, besonders auf lokale Fragen eingehend, für 5 Pfg. als Agitationsmaterial verkauft werden soll. Nach eingehender Aussprache wurde das Bezirksstatut angenommen, ebenso mehrere Anträge für den Parteitag. Erfreulich ist bei dem Bezirksstatut zu erwähnen, daß nunmehr auch der Bezirk dem Beispiel Stettins gefolgt ist und für die

Kraftstrom von 35 auf 31 und für Wasser von 35 auf 32 Pfg. zu senken. Die Fahrpreise für die Straßenbahn bleiben bei 20 Pfg. bestehen. Dafür werden Hefchen zu 5 Stück ausgegeben, die 75 Pfg. kosten.

Proleten, aufgepaßt! Die Gummiknüppel der Polizei werden, da sie schadhaf geworden sein sollen, erneuert. Für die Notleidenden ist kein Geld da. Aber für Polizeiknüppel, die zur gegebenen Zeit auf den Buckeln der hungernden Erwerbslosen herumtanzen sollen, werden die Mittel bewilligt.

„Sparsamkeit“ auf Kosten der Volksschulen! Der sozialdemokratische Kultusminister Grimme hatte bekanntlich verfügt, daß die Schülerzahl in den Volksschulen von 45 auf 60 Schüler je Klasse erhöht werden müsse. Das hat sich nun in Köslin so ausgewirkt, daß die 5. Gemeindeschule aufgelöst wird und die Kinder auf die übrigen Schulen verteilt werden.

Demmin

Die Stimmlisten für die am 13. März stattfindende Reichspräsidentenwahl liegen vom Donnerstag, den 3. bis zum Sonntag, den 6. März, im Rathause, Zimmer 1, an den Werktagen von 9 bis 12½ Uhr und von 15 bis 17 Uhr, am Sonntag von 9 bis 11 Uhr, zur Einsicht aus. Proleten, seht die Listen ein, ob die richtige Eintragung des Namens erfolgt ist, damit ihr am Wahltag eure Stimme für den Arbeiterkandidaten Thälmann abgeben könnt.

Halle (Saale)

Die gemeinsame öffentliche Versammlung der SAP, KPO und des Leninbundes hat vor etwa 800 Besuchern stattgefunden. Wer geglaubt hatte, daß die KPD ihre geheime Kampfesweise geändert hat im Interesse eines gemeinsamen Wahlkampfes für den Kandidaten Thälmann, wurde an diesem Abend schwer enttäuscht. Warum diese Sabotage der roten Einheitsfront? Das von den Kommunisten gegen Erde der Versammlung wiederholte Sprengungsmanöver hatte nur einen Teilerfolg. Der größere, einsichtige und erfahrene Teil der anwesenden Kommunisten blieb im Saal. Die SPD zeichnete sich abemals durch Feigheit aus und erschien nicht. Ihre Angst kommt schon dadurch deutlich zum Ausdruck, daß man jedesmal schnell eine große Funktionärversammlung aller „Eiserner“, oder wie diesmal, die Generalversammlung des „Eisernen Vortrupps“ an diesem für ihre Männer gefährlichen Abend einberuft. Im übrigen hat der Verlauf der Versammlung bewiesen, daß die zwischen der SPD und KPD stehenden

Funktionäre der SAP vorschreibt, daß sie aus der Kirche ausgetreten sein müssen. Zum 1. Vorsitzenden des Bezirks wurde einstimmig gewählt: Genosse Kurt Binder, Züllchow bei Stettin, Brunnenstr. 16, zum 2. Vorsitzenden Genosse Müller-Stettin, Kassierer: Genosse Nelke-Stettin, zum Schriftführer: Genosse Köhn-Altdamm, zum Beisitzer: Genosse Burmeister-Barth, Panten-Swinemünde, Säuberlich-Köslin, Zehm-Greifswald, zu Kassenrevisoren: Genossin Schwagereck und Genossen Pauly in Stettin. — In den Parteiausschuß wurde von der Bezirkskonferenz Genosse Binder delegiert. Nach Vorbereitung der Delegiertenwahl zum Parteitag, die durch Urwahl vorgenommen werden muß, wurde die 1. Bezirkskonferenz Pommern geschlossen.

in der Lausitz

Am vergangenen Sonntag hielt der Unterbezirk Lausitz der SAP seinen ersten ordentlichen Unterbezirksparteitag ab. Delegierte von 35 Ortsgruppen und eine ganze Anzahl Gäste waren dazu erschienen.

Daß auf dieser Konferenz über die wesentlichsten Punkte des Parteiprogramms Klarheit geschaffen worden ist, ist nicht zuletzt ein Verdienst des Genossen Kleineibst, der in einem Vortrag die wirtschaftliche und politische Situation beleuchtete und darauf folgend zum Parteiprogramm Stellung nahm. Subjektiv, so meinte Genosse Kleineibst, seien wir nie weiter vom Sozialismus entfernt gewesen als heute. Aufgabe der SAP müsse es sein, diesen Widerspruch zu beseitigen und die politische Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Wir müssen den Massen zeigen, daß es einen Ausweg aus der Krise gibt, aber keinen kapitalistischen, sondern einen sozialistischen. Der Tag kann kommen, wo wir kämpfen müssen. Der Tag kann früh kommen, aber er darf uns nicht unvorbereitet treffen.

Die außerordentlich rege Diskussion, die sich dem Vortrag anschloß, wurde in der sachlichsten und kameradschaftlichsten Weise geführt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde das Unterbezirksstatut beraten und beschlossen, das wie die Reichsstatut die bestmögliche innere Demokratie gewährleistet.

Die Wahlen ergaben nur kleine Änderungen. In die Zehnerkommission wurden die Genossen Liebig-Zittau; Wilhelm-Olbendorf, Lorenz und Krieger-Eibau, Art-Friedersdorf, Bergt, Kießling, Schuster-Löbau, Symmank-Bautzen und Moschke-Kamenz, gewählt. Als Delegierte für den Reichsparteitag wurden die Genossen Kleineibst, Bergt und Art gewählt.

Kraft und Begeisterung strömten von dieser Konferenz aus. Alle Anwesenden wußten: Was wir tun, tun wir für die Klasse. Alle Handlungen sind Schritte auf dem Wege zum Sozialismus.

Proletarier auf dem richtigen Wege zur einheitlichen roten Klassenfront sind. Wir wählen am 13. März trotz alledem und erst recht den roten Arbeiterkandidaten.

Schmöln

„Richtigstellung“ nennt die „OV“ eine neue Schimpfepistel gegen unseren Vorsitzenden, Genossen Franke. Die „OV“ mußte nämlich auf Grund des Pressegesetzes eine Berichtigung bringen, die die skrupellose persönliche Kampfesweise der „Eisernen“ ins rechte Licht rückte. Das ist den guten Leuten von der Hindenburgfront ziemlich in die Glieder gefahren. Sie sind die Blamierten; denn jeder Gewerkschafter weiß, daß Genosse Franke aktiver Gewerkschaftsfunktionär ist. Nun krümmt sich die Lügenmeute, nun war es auf einmal politisch gemeint. Ihr armen Schlucker! „Revolutionäre Unorganisierte“ nennt die Arbeiterschaft bekanntlich jene, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Ihr seid also wieder mal hineingeflogen. Macht's nur so weiter, damit die Arbeiter endlich merken, wie eure „Sachlichkeit“ aussieht!

Trotz alledem Klassenfront. Die EF hat es abgelehnt, an unserer Besprechung teilzunehmen. Die Gewerkschaften sind in der Hand der SPD und gehören laut höherem Befehl zur EF. Die KP-Linie versuchte hinten herum bei unseren Mitgliedern Geschäfte zu machen und mußte im übrigen laut Befehl ihrer Zentrale die Klassenfront sabotieren. Die Arbeiterschaft wundert sich zwar über solche Strategie. Der Ruf nach der Einheitsfront erscheint doch da in einem recht sonderbaren Lichte! — Die KPO hat unsere Einladung angenommen. In der Besprechung wurde volle Übereinstimmung erzielt. So wird Freitag, den 4. März, in der Wartburg die erste gemeinsame Versammlung der SAP und KPO stattfinden. — sprechen Genosse Agricola (SAP) und Genosse Engert (KPO) über: „Für den Arbeiterkandidaten Thälmann! — Eiserner Front oder Proletarische Klassenfront?“ „Sorgt für Massenbesuch! Sorgt vor allem dafür, daß alle Arbeiter kommen, die von der „Eisernen“ nur „Kundgebungen“ vorgesetzt bekommen, in denen es keine Aussprache gibt. Bei uns kann sich jede Partei aussprechen. Die Herren der „Eisernen“ werden wir wieder besonders einladen.“

Göbnitz (Thür.)

Genosse A. Peuker, seit 7 Jahren aktiver Funktionär und Kolporteur der SPD, hat seinen Uebertritt zur SAP vollzogen. Genosse Peuker vertrat bisher den Standpunkt, daß er noch innerhalb der SPD stehen

sionelle Meinung vertreten könnte. Er hat dabei übersehen, daß der Parteiapparat weit stärker als die Mitglieder-Meinung ist und an eine Aenderung des „Tolerierungskurses“ überhaupt nicht gedacht werden kann. Bei der letzten Abrechnung machte ihm der Parteikassierer klar, daß er als Kolporteur „abgesagt“ werden müßte, weil er das „Verbrechen“ begangen hat, mit seinen Freunden, die jetzt bei der SAP sind, noch weiter zu sprechen. Die SPD muß auf tönernen Füßen stehen, wenn sie ihren Mitgliedern schon verbieten muß, mit andersgesinnten Genossen zu verkehren. Genosse P. hat sich diese Bevormundung nicht gefallen lassen, sondern mit dem Austritt geantwortet. Wir begrüßen ihn in unseren Reihen als Mitkämpfer für den Sozialismus.

Chemnitz

Die SAP zeigt den Weg. Der AGDB-Sekretär Büttner sprach am 1. März in Babenstein vor etwa 500 Erwerbslosen aller Richtungen. Keine Hand rührte sich zum Beifall, als er fertig war. In der Diskussion sprach als erster Genosse Hinrichsen. Seine Ausführungen gegen den Faschismus und den eisernen Hindenburgkern ernteten stürmischen Beifall. Wenig Anklang fand der KPD-Redner. Eine Resolution für überparteiliche Wahlausschüsse für Thälmann und gegen den Sachsenlandtag fand einstimmig Annahme, obwohl der KPD-Vertreter dagegen und für die berühmte Führung der KPD sprach. Auch die organisierten Kommunisten stimmten für unsere Resolution, ein Beweis mehr für die Kraft unserer Einheitsfronttaktik. — Büttner begnügte sich angesichts seiner katastrophalen Niederlage mit einem provozierenden Fünfminuten-Schlußwort, das er schloß mit den „revolutionären Worten: „Deshalb treten wir ein für Hindenburg!“

Zwickau

Mehrere Monate Gefängnis verhängte das Schnellgericht gegen einige auswärtige KPD-Anhänger, die zu Streik und Tätlichkeiten aufgefordert hatten.

Ach wie bald... Noch vor wenigen Tagen riskierte Bernard Düwell im „Sächsischen Volksblatt“ die Forderung nach der Aufstellung eines eigenen sozialistischen Parteikandidaten im ersten Wahlgang. Jetzt hat er diese Forderung über Bord geworfen, nachdem der Parteivorstand der SPD aus wohlwogenden Gründen Hindenburg als den Kandidaten der SPD auserwählt hat. Wie rasch doch einer vom linken Flügel auf den rechten hinübersegeln kann!

Organisationsnachrichten

SJV Leipzig-West: Sonntag, 6. März, 10 Uhr, im Film-palast, Lindenau, Gauderstraße, Russenfilm. „Der blaue Express“, „Proletarisches Kabarett“, „Die roten Rebellen“, „Fanfarenchor“, „Lohnstreikbeitrag“, „Jugend und Erwerbslose 20 Pf.“, „Vollarbeiter 40 Pf.“

Marxistischer Arbeitskreis Leipzig: Dienstag, 8. März, 19.30 Uhr, öffentlicher Ausspracheabend im Volkshaus (Nebenanl rechts), über: Nationale Frage und Reparationsproblem.

SAP Heideau: Montag, 7. März, 19.45 Uhr, Mitgliederversammlung im Sportheim, Rüdrenbahn. Schlußvortrag des Gen. Fietze über Sowjet-Rußland. Gste willkommen.

SAP Cunovalde: Öffentliche Versammlung Donnerstag, 3. März, 20 Uhr, im „Sächsischen Hof“, Genosse Dr. Fabian, Dresden, spricht über „Eiserne Hindenburg-Front oder proletarische Klassenfront!“

SAP Ebersbach: Öffentliche Versammlung Freitag, 4. März, 20 Uhr, im Kretscham Reichstagsabgeordneter Dr. August Sietzmann, Jena, spricht über „Eiserne Hindenburg-Front oder proletarische Klassenfront!“

SAP Eibau: Öffentliche Versammlung Sonnabend, 5. März, 20 Uhr, im „Hotel Hirsch“, Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, spricht über „Hindenburg — Hitler — Thälmann!“

SAP Lawalde: Öffentliche Versammlung Sonnabend, 5. März, 20 Uhr, im „Kretscham“, Redner: Fritz Bergt, Löbau.

SAP Löbau: Öffentliche Versammlung Sonntag, 6. März, 15 Uhr, in der „Tonhalle“, Redner: Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin.

SAP Nussau-Spremberg: Öffentliche Versammlung Sonntag, 6. März, 19 Uhr, im „Kretscham“, Redner: Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin.

SAP Zwickau: Alle Zeitungsträger und sonstige Hilfskräfte müssen für den Vertrieb der diesmaligen Wochenzeitung auf dem Posten sein Ab Freitag 10 Uhr.

Turnerinnen und Frauen der Freien Turn- und Sportvereine Zwickau, des Turnklubs Moriental, des Turnvereins Zwickau und des Turn- und Sportvereins 1812 Zwickau-Schöndorf: Freitag, im Gewerkschaftsheim, Grimmitschauer Straße, Vortrag: Biologische Nöte der Frau. Ref.: Alfred Käseberg. Diese Veranstaltung ist die auf dem Bezirksjahrestreffen festgesetzte Bildungsveranstaltung. Beginn 20 Uhr.

SAP Bockau: Sonntag, 6. März, 14.17 Uhr, im Restaurant „Wiener Spitze“, Mitgliederversammlung.

SAP Tschirchau: Freitag, 4. März, 20 Uhr, in der „Singer-halle“, Diskussion über SAP und KPD.

SAP Dortmund-Nord: Samstag, 5. März, 20 Uhr, im Lokal Teufelberg. Westerblickstr. 62, öffentliche Versammlung Genosse Zöllig, Düsseldorf, spricht über „Eiserne Front und proletarische Klassenfront!“

SAP Lützenborndorf: Sonntag, 6. März, Mitgliederversammlung, 18 Uhr, im Parteilok Bockenkaamp. Urwahlen zum Parteitag in Plauen.

SAP Hamburg: Wahl der Delegierten zum Parteitag Sonntag, 6. März, 8 bis 13 Uhr, im Lokal Deltmich, Hamburg-Obermarzloh, Ecke Sterkrader- und Schillstraße. Mitgliederbücher mitbringen.

SAP Gladbach-Kleydt: Freitag, 4. März, 19.15 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Josef Kapp, Gladbach, Lipperstraße. Bericht vom Bezirksparteitag.

SAP Unterbezirk Neustadt a. d. Hardt: Sonntag, 6. März, spricht Genosse Fritz Ohlhof, Mainz, Mitglied des Hessischen Landtages, in öffentlichen Versammlung, 16 Uhr, in Frankensack, 20 Uhr in Neudorf a. Rh. Thema: „Proletarische Klassenfront gegen eisernen Hindenburgfront!“

SAP Neustadt a. d. Hardt: Freitag, 4. März, 20 Uhr, im Lokal Theodor (Rathausstraße), öffentliche Versammlung Genossin Dr. Käthe Frankenkant, Berlin, Mitglied des preussischen Landtages, spricht über „Proletarische Klassenfront gegen eisernen Hindenburgfront!“ — Sonntag, 13. März, am Kohlpfad, gemeinsam nach Frankensack.

SAP Karlsruhe: Öffentliche Versammlung Sonntag, 5. März, 20 Uhr, Rest. Ziegler, Baumeisterstraße. Referent: Fritz Eck. Berlin, und Maria Samisch, Frankfurt/Main. Thema: „Proletarische Klassenfront gegen eisernen Hindenburgfront!“

SAP Reichenbach i. V.: Freitag, 4. März, 20 Uhr, Bezirksversammlung im Rest. „Vogelrad“.

Leipzig

Auseinandersetzung mit dem KJV. Zu einer öffentlichen Jugendversammlung des KJV war auch der SJV schriftlich eingeladen. Eine Anzahl SJV-Genossen leisteten der Einladung Folge. Wie an allen anderen Orten, drohte auch hier der Referat des sattsam bekannte Referentenmaterial des ZK der KPD herunter. Es wimmelte darin nur so von Behauptungen, wie die SAP und mit ihr der SJV seien der linke Flügel des Faschismus, die SAP sei die Streikbruchfiliale der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse usw. Wie überall, so blieb aber auch hier der kommunistische Genosse für seine Behauptungen den Beweis schuldig. Es war daher dem Genossen Erich Müller in seinem Korreferat ein leichtes, den Phrasenschwall des Kommunisten zu entkräften. Er zeigte auf, warum wir nicht zur KPD kommen können. An einer Reihe von praktischen Beispielen konnte er nachweisen, daß die KPD nicht den Klassenaufgaben gerecht wird, die heute der Partei der Arbeiterklasse gestellt sind. Die vom SJV in einer Resolution geforderte Bildung von gemeinsamen roten Wahlausschüssen zur erfolgreichen Durchführung der Präsidentschaftswahlkampagne wurde abgelehnt, weil sie nicht in die Einheitsfronttaktik hineinpaßt, wie sie von den Kommunisten aufgefaßt wird. Bezeichnend für die Einstellung mancher Jungkommunisten ist, daß man Brandleranhängern mit der Begründung, man lasse Renegaten nicht sprechen, die täglich den Kommunismus mit Schmutz besudeln, einfach das Wort nicht gab. SJV-Genossen wurde der Verkauf des „Kampfsignals“ unmöglich gemacht, weil es in kommunistischen Versammlungen verboten sei, „Organe der Konterrevolution“ zu verkaufen. Den kommunistischen Genossen müssen wir sagen, daß wir es in Zukunft ablehnen, in solcher Atmosphäre mit ihnen zu diskutieren.

Hinein in den Schutzbund! Die hiesige Ortsgruppe des Sozialistischen Schutzbundes hat sich im Laufe der letzten Zeit in organisatorischer Beziehung sehr erfreulich entwickelt, es sind eine Anzahl neuer Eintritte zu verzeichnen. Insbesondere ist hervorzuheben, daß der Schutzbund in zahlreichen Fällen den Schutz von Arbeiterlokalen und Arbeitereigentum gegen die Überfälle von Faschisten übernommen hat. Die Zusammenarbeit mit den Kampfstaffeln des SPD-Schutzes beweist, daß die Einheitsfront der Arbeiter in der Praxis bei gutem Willen der Beteiligten zu erreichen ist. Es ist zu wünschen, daß die Organisationen, die unter sozialdemokratischer Leitung stehen, ebenso wie die Arbeiterheime und die Sporteinrichtungen mit dem Schutzbund freundschaftliche Beziehungen aufnehmen. Alle Sympathisierenden, KS-Leute usw. kommen zur Veranstaltung des Sozialistischen Schutzbundes am 11. März im Neuen Gasthof in Mockau.

Kamenz i. Sa.

Die Rote Einheitsfront gegen Faschismus und Notverordnung marschierte hier am 27. v. M. für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Es hatte sich nicht nur ein Bäckerdutzend Demonstranten eingefunden, wie man im voraus sagte, sondern 300 revolutionäre Arbeiter gaben ihren Kampfeswillen kund. In die Schutzstaffellisten zeichneten sich anschließend viele Genossen ein.

Schönheide

Aus dem dritten Reich. Am vergangenen Sonntag veranstalteten die Nazis einen Werbemarsch, an dem sich Fabrikanten, Geschäftsleute, Beamte und auch irreführte Proletarier beteiligten. Wir empfehlen den Nazis, noch öfter solche Märsche durchzuführen, wo sie am Schluß keine Butterbremen an die beteiligten ausgehungerten Arbeiter verteilen, und die Teilnehmerzahl wird noch mehr zusammenschumpfen. Der vorhergegangenen Reklame angemessen, glaubte man, daß eine Beteiligung von 500 Mann zusammenkommen würde, aber es waren nur ca. 150. Bedenkt man weiter, daß jeder

Die Versammlungswelle

Aachen

Nach einem Referat des Genossen Sternberg, Berlin, über das Thema: „Wie wird der Faschismus geschlagen?“ konnten wir sechs Neuaufnahmen machen und neue Leser für unsere Presse gewinnen. Ferner wurde mit dieser Versammlung der Grundstein zu einem überparteilichen Kartell gelegt. Unsere Versammlungen bilden den Ausgangspunkt zur proletarischen Einigung gegen den Faschismus.

Wiescherhöfen

In unserer ersten öffentlichen Versammlung sprach Genossin Dauer zur Reichspräsidentenwahl. In sachlicher Diskussion setzten wir uns mit den Hindenburgtrabanten und der KPD auseinander.

Lübeck

Genosse Fritz Lewy, Berlin, referierte in der letzten Versammlung über: „Eiserne Hindenburgfront oder proletarische Klassenfront?“ In der Diskussion sprach sich ein SPD-Genosse für proletarische Einheitsfront und Thälmann als Reichspräsidentenkandidaten aus. Genosse Aldap klagte die Führung seiner Partei wegen des verhängnisvollen Kurses an und bemerkte gleich zu Anfang, daß er wahrscheinlich wegen seiner

oppositionellen Einstellung schon am nächsten Tage nicht mehr Mitglied der SPD sein würde, nachdem der Berichtersteller seine Ausführungen in der Johannisstraße gemeldet hätte. Ein Beweis für die Mißstimmung in den Reihen der SPD und die Daseinsberechtigung der SAP.

Aldamm

Ein großer Erfolg war unsere Versammlung mit Genossen Binder, Stettin. Verschiedene neue Genossen konnten aufgenommen werden. Außerdem wurde eine Uebereinkunft zwischen SAP und KPD getroffen, die Propaganda für den Arbeiterkandidaten Thälmann gemeinsam zu machen.

Wilkau

Nach einer machtvollen Demonstration des Schutzbundes, bei der nahezu 500 Teilnehmer mitmarschierten, sprach Genosse Klaus Zweiling im überfüllten Schützenhaussaal vor über 1000 Arbeitern über die Krise und die Präsidentschaftswahl. In der Debatte sprach der Genosse Wienhold von der KPD, er mußte sich aber von der Falschheit kommunistischer Taktik überzeugen lassen. Die Massen zollten Klaus Zweiling stürmischen Beifall. Die SPD ist erbost über unseren gewaltigen Erfolg und meckert im „Volksblatt“, wobei sie die Teilnehmerzahl wie üblich herabsetzt.

Planitz

Die Empörung wächst! Die Arbeiter der SPD unseres Ortes sind wegen des Hindenburg-Aufrufes ihres Parteivorstandes sehr empört. Viele erklären, daß eine Wahl Hindenburgs für sie nicht in Frage komme und sie mit der SAP für Thälmann stimmen würden. — Arbeiter, macht endlich Schluß mit dieser Partei, die offenen Klassenverrat treibt! Tretet der Sozialistischen Arbeiterpartei bei, die für die Interessen aller Ausgebeuteten eintritt!

Borsig-Sparkassen-Gläubiger gesichert?

Nach dem Vergleichsvorschlag der Borsigwerke in Tegel sollen die Warengläubiger mit einer Quote von 20 Prozent abgefunden werden. Dasselbe ist für die Gläubiger der Werksparkasse vorgesehen, doch wird versichert, daß den Sparern „möglichst außer der Quote durch Zurverfügungstellung von dritter Seite volle Befriedigung ihrer Forderungen gewährt werden soll.“

Das klingt noch sehr unbestimmt. Es muß darum gefordert werden, daß unter allen Umständen die Firmeninhaber mit ihrem persönlichen Vermögen haften und die Sparer alsbald wieder in den Besitz ihrer Einlagen gelangen, ganz unabhängig davon, ob die übrigen Gläubiger auf den Vergleichsvorschlag eingehen.

Zugleich mit der Einreichung des Vergleichsvorschlages wurde die A. Borsig-Betriebsgesellschaft m. b. H. mit einem Gesellschaftskapital von 300 000 RM

gegründet, wozu die DD-Bank und die Dresdner Bank ihre Hilfe zur Verfügung gestellt haben.

Stark erhöhter Notenumlauf

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 29. Februar 1932 hat sich in der Ultimowoch die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 357,2 Mill. auf 3832,3 Mill. Rd. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 279,6 Mill. auf 3323,7 Mill. Rd., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 33,3 Mill. auf 43,8 Mill. Rd. und die Lombardbestände um 144,4 Mill. auf 209,0 Mill. Rd. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 280,1 Mill. Rd. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 265,1 Mill. auf 4268,3 Mill. Rd., derjenige an Rentenbankscheinen um 15,0 Mill. auf 419,1 Mill. Rd. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 8,1 Mill. Rd. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 422,7 Mill. Rd. eine Zunahme um 90,9 Mill. Rd.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,8 Mill. auf 1077,3 Mill. Rd. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,1 Mill. auf 928,5 Mill. Rd. abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 2,9 Mill. auf 148,8 Mill. Rd. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,2 Prozent gegen 26,9 Prozent in der Vorwoche. Allerdings ist hierbei ein jederzeit kündbarer Rediskontkredit des Auslands eingerechnet. Läßt man diesen außer Ansatz, dann vermindert sich die Deckung auf etwa die Hälfte des angegebenen Prozentsatzes.

Betrogener Mittelstand appelliert ans Reich

Der gerichtlich bestellte Gläubigerausschuß der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G., hat durch seinen Vorsitzenden, den Landtagsabgeordneten Otto Mentz, jetzt eine längere Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der im Auftrage der rund 36 000 Geschädigten verlangt wird, daß den so schwer geschädigten Gläubigern vom Reiche möglichst die 100prozentige Auszahlung ihrer Einlagen garantiert werde.

Die mittelständlerischen Gläubiger vermissen das bei den Großbanken so oft bewiesene Entgegenkommen, obwohl sie gerade der Parole der Reichsregierung gefolgt seien, die Spargelder nicht zu Hause zurückzuhalten, sondern auf die Bank getragen hätten.

In der Eingabe wird auch auf den in der Reichsverfassung, wie in zahlreichen Erklärungen gerade der jetzigen Reichsregierung nachdrücklich betonten besonderen Schutz des Mittelstandes hingewiesen. Auch in einem Schreiben an den Staatssekretär der Reichskanzlei wird nochmals auf die Erbitterung und ungeheure Erregung der Gläubiger hingewiesen. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn der gerichtliche Vergleichstermin von einigen Regierungskommissaren beschickt worden wäre. Dieser Anschauungsunterricht hätte zu der Erkenntnis geführt, in welcher Weise die Gläubiger durch die ihnen gewordene Behandlung radikalisiert werden seien.

Arbeiter Berlins!

SAP und SJV rufen zu einer

öffentlichen Kundgebung

auf, die **Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr**, in den Gesamträumen von **Kleins Festsälen** in **Neukölln, Hasenheide 13/16**, stattfindet. Es spricht der Parteivorsitzende der SAP

Reichstags-Abg. Max Seydewitz über die Reichspräsidentenwahl

Ferner halten Ansprachen:

Fenner Brockway, England / Ede Plimmen, Holland / Victor Alter, Polen

SAP-Bläserkorps und Freie Spielleute Neukölln leiten den Abend ein

Unkostenbeitrag 20 Pfennig

*

Erwerbslose 10 Pfennig

Sportschau der SAZ

Wien-Berlin ein Städtekampf der Arbeiterschwimmer

Zum dritten Male stehen sich am 12. und 13. März die Arbeiterschwimmer der Hauptstädte von Oesterreich und Deutschland im Wettkampf gegenüber. Der größte Schwimmverein der Welt, der Wiener, wird wie Berlin mit 24 Mann den Städtekampf bestreiten. Ausgetragen werden die Kämpfe am Sonnabend, dem 12. März, im Stadtbad Wedding, Gerichtstraße, um 20 Uhr, und Sonntag, den 13. März, um 19 Uhr im Lunabad. An beiden Tagen werden alle Schwimmarten vorgeführt. Reigenschwimmen und Wasserballspiele vervollständigen das Programm. Während am ersten Festtage beide Mannschaften nur Kürsprünge zeigen, werden am Sonntag Pflichtsprünge die Zuschauer in Spannung halten. Im Springen vom 10 m-Turm kämpften erprobte Genossen um den Sieg.

Die Eintrittspreise sind den heutigen Verhältnissen angepaßt. Im Vorverkauf sind bereits Karten für beide Veranstaltungen zu haben. Vorverkauf in der Sportzentrale Königsberger Str. 6, sowie bei allen Schwimmvereinen des I. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

25 Jahre Arbeitersport Jubiläum in Zehlendorf

Als vor 25 Jahren, im Februar 1907, sich einige Turner in Zehlendorf zusammenschlossen, um einen Arbeiter-Turnverein zu gründen, hatten sie es besonders schwer, für ihre Idee zu werben. Der größte Teil der Bevölkerung war rein agrarisch, der andere dagegen gehörte zu den bessergestellten Bürgern. Sie hatten es sich bestimmt nicht träumen lassen, daß der Arbeiter-Turnverein am Ende des Gründungsjahres schon 72 Mitglieder zählen würde. Ein weiterer Beweis der zihen Arbeit, die geleistet wurde, ist die Gründung einer „Damenriege“ im Jahre 1909 mit 18 Turnerinnen.

Die Schikanen der Behörden führten in der Folge zu häufigem Lokalwechsel. Jugendturnerbot u. a. Die leitenden Funktionäre besonders konnten ein Lied vom strammen „Preußengeist“ singen. Dazu kam ein Weiteres. Die Parteifunktionäre sahen in den Genossen, die sich jenseits der Parteigrenze betätigten unliebsame Außenwähler. Desswegen geachtete haben sie ihren Strang gezogen und ihrer Idee neue Kämpfer zugeführt. Dann kam das Haulkreuz „Stahlbad“ und ließ nur ein ganz kleines Häuflein Getreuer zurück. Von den Genossen, die hinausziehen kamen, sieht nicht zurück.

Nach dem Kriege mußte neu aufgebaut werden. Es folgten wieder Jahre harter Arbeit. Auch an dieser Stelle allen denen Dank, die sich reslos zur Verfügung gestellt haben. Unseren Glückwunsch den Zehlendorfer Genossen!

... und auch in Schöneberg

Am 27. Februar d. J. feiert der Arbeiter-Sportverein Schöneberg-Friedenau 07 25 Jahre dem Arbeiter-Turn- und Sportbund an. Nicht immer war die Arbeit der Funktionäre leicht. 1928 z. B. trat durch die Spaltung eine Schwächung der Vereine ein. Jetzt im Jubiläumsjahre kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, daß die damalige Mitgliedszahl wieder in vollem Maße erreicht ist. Anläßlich des Jubiläums wird am 5. März, 20 Uhr, der ANV, Schöneberg, 07 im Schubert-Saal, Bulowstr. 104, im Rahmen einer 25-Jahrfeier einen Querschnitt aus seinem Lebensbereich geben. Alle Freunde der Arbeitersportbewegung werden gebeten, die Veranstaltung zu unterstützen.

Norwegische Arbeiterboxer in Deutschland

Im dritten Kampf holten sich die Gäste den ersten Sieg gegen V. F. Volkssport Braunschweig mit 13:1 Punkten. Auch die nachfolgenden Kämpfe waren für die Norweger erfolgreich. In Helmstedt siegten die Norweger gegen Boxfreunde in 1929 mit 10:2 Punkten vor 1200 Gästen und in Bernburg gegen Gut-Kraft 1893 Bernburg vor 1300 Gästen mit 8:6 Punkten.

Aus Südwest-Sachsen Aufgehoben ist nicht aufgehoben

Der für Sonntag, den 13. März angesetzte Mannschaftskampf Zwickau-Schwenditz-Oberhohndorf mußte aus technischen Gründen verschoben werden. Wahrscheinlich findet er im April statt. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Für das am Sonntag, dem 6. März, 14.30 Uhr, auf dem Haselbrunner Platz stattfindende Bezirksspiel gegen den 6. Bezirk spielt die Mannschaft des 8. Bezirks in folgender Aufstellung:

Hellfritzsch, 1. Abt.
Wolf, 2. Abt. Reißner, Haselbr.
Muhren (4. Abt.) Müller (5. Abt.) Pfeißner II (Haselbr.)
Fritsch, Wolf II, Petermann, Wendler, Müller I (Schwimmer) 12. Abt. I (Haselbrunn) II (Abt.)
Ersatz: Reinhold, 1. Abt. Freund, 4. Abt.
Ab 12 Uhr mittags Spielverbot schwarze Hose ist mitzubringen. Alles Nähere am Freitag in der Vorschau.

Rasensport in Sachsen

Fußball
Bezirk Leipzig: Sportlust 09 - Vorwärts Süd 3:1; Preußen - Amateure 6:0; Bennwitz-Mockau 2:2; Engelsdorf - Wahren 2:0; Pegau-Tösch 1:1; Schönewitz - Vorwärts West 2:0; Schönewitz 03 - Markranstädt 4:1. **Bezirk Dresden:** DBV 15 - Jahn-Penzig 9:4; Heidenau-Göltzscha 4:3; Cottbus-Dieschen 6:4; Eintracht-Heidenau 9:1; Hechos-Pötschappel 2:2; Friedland-Stadt-Neustadt 3:5; Zschornitzsch - Radeberg 5:5; Coswig - Radeburg 1:3; Kutschentzolla-Dölschen 2:2; Sümpfing-DNV 5:4; Bannitz-Kleinnaundorf 2:3; Birkitz-Pötschappel 4:5. **Bezirk Chemnitz:** Favorit-Kordian 2:3; Friesen-Mittelbach 8:6; Vorwärts-Planitz 7:3; Pfleiß-Grüna 5:3; Frankenberg-Freititz-Taura 1:5; Burstendorf-Schellenberg 6:2; Remsa-Bonitz 15. Kreis 3:4; Augustsburg-Empendorf 7:5; Sportlust 08 - Hainichen 7:3; Niederwiesenthal-Altmittelweida 1:1; Sachsen-Einsiedel 10:2; Siegmund-Bepitz 4:2; Neukirchen-Alorf 7:1. **Bezirk Mittweida:** Jahn-Schönewitz 5:2; Roßwein-DVC Döbeln 3:4; Geringwalde-Wechelburg 8:1. **Bezirk Zwickau:** Reinsdorf-Vielau 3:7; Oberhohndorf-Zwickau-Nord 5:2; Niederhallaun-Crimmitschau 6:6; Mosel-Turn- und Spielvereinigung Zwickau 1:1; Morienthal-Ebersbrunn 2:1; Reinsdorf-Mylau 6:9; Wilkau-Glauchau 4:6; Neukirchen-Weidau 9:1. **Bezirk Burgstädt-Limbach:** Burgstädt-Freititz Taura 3:0; Burgstädt-Wacker II 5:0; Taucha-Rochsburg 3:1; Wittgensdorf-Rohrsdorf 3:5.

Wer wird Handball-Sachsenmeister?

Die kommende Kreismeisterschaft verspricht interessante Kämpfe um den Titel des Sachsenmeisters. Am 20. März steigen die ersten Spiele in den drei Gruppen. Da der Kreisbeste seit 1930 jedes Jahr festgestellt wurde, dürfte am besten die folgende Aufstellung die Spielstärke der einzelnen Bezirke widerspiegeln. Beteiligt waren im Bezirk Leipzig: 1932: Paunsdorf, 1931: Gohlis, 1930: Paunsdorf; Bez. Dresden: 1932: Coschütz, 1931: Neustadt Sportler, 1930: Neustadt Sportler; Bez. Chemnitz: 1932: Nord, 1931: Frankenbergt, 1930: Freie Schwimmer; Bez. Oberlausitz: 1932: Leutersdorf, 1931: Demitz-Thumtitz, 1930: —; Bez. Mittweida/Döbeln: 1932: Roßwein, 1931: Niedertrietzig, 1930: —; Bez. Zwickau: 1932: Planitz, 1931: Planitz, 1930: Planitz; Bez. Erzgebirge: 1932: Raschau, 1931: Raschau, 1930: Raschau; Bez. Plauen/Vogtl.: 1932: Eiche-Süd, 1931: Haselbrunn, 1930: Eiche-Süd; Bez. Freital/Freiberg: 1932: Niederhäslich, 1931: Niederhäslich, 1930: Deuben; Bez. Pirna-Sebnitz: 1932: Heidenau, 1931: Pirna, 1930: Zschachwitz; Bez. Meißen/Riesa: 1932: Freie Sportvgtz, Riesa, 1931: Riesa, 1930: Riesa; Bez. Zittau: 1931: Zittau; Bez. Annaberg/Buchholz: 1932: Geyer, 1931: Annaberg, 1930: Annaberg.

Die Oberlausitz, Mittweida-Döbeln und der Zittauer Bezirk waren an der Meisterschaft

Handball

Bezirk Leipzig: Paunsdorf-VfL Südost 4:1; Eintracht-Schönewitz 7:2; Ostvorstadt-VfK Südwest 10:7; Großzschortner-Vorwärts-Süd 1:4; Gohlis-Mockau 4:6; Grotzsch-Mickern 5:3; Vorwärts-Wahren 7:3; Grechwitz-ASK Grimma 7:3; Taucha-Engelsdorf 4:5.
Raffball: Crotern-Wachau 3:8.
Hockey: VfK Südwest-Ostvorstadt 1:4.
Bezirk Dresden: Altstadt-Rabenau 1:10; Reick-Döhma 0:5; Obersteina-Pulsnitz 1:0; Hähnitz-Friedrichstadt 8:1; Reichenberg-Wschwitz 9:1; Lohitz-Neustadt-Sportler 7:0; Coschütz-Pirna 3:4.
Bezirk Chemnitz: Frankenberg-Nord 5:7; Schönewitz-Reichsbanner 5:5; Eibsee-Oberwiesenthal 11:3. — Spielerinnen: Bernsdorf-Frankenberg 3:0.
Raffball: Sportlust-Rottluft 5:4; Bernsdorf-Schlöß 5:2.
Bezirk Oberlausitz: Leutersdorf-VfL Göltz (Schlesischer Kreismeister) 2:7; Demitz-Thumtitz-Schütz 5:1.
Bezirk Riesa: Riesa-Wohlauf 12:0; Großhain-Grütz 15:1.
Bezirk Mittweida: Hertha-Siehlenleh 0:3; Neudorf-Sornitz 7:4; Waldheim-Siehlenleh 3:3.
Bezirk Freital-Freiberg: DBV 15-Strießen 6:1; Potzappel-Deuben 1:8.

Thüringer Arbeitersport

Fußball
Gera: Leumnitz-Naundorf 4:5; Untermhaus-Costenleide 0:0; Weida-Watersdorf 5:7; Neustadt-Könnitz 3:5; Greiz-Aubachthal-Kortschau 2:3; Gemma-Liebschwitz 0:8; Ruhitz-Wünschensberndorf 7:3; Pforten II-Pauscha 10:3.
Erfurt: Saxonia-Geschwede 7:1; Sportfreunde-Sammerda-TG Erfurt 2:0; Arnstadt-Langewiesen 3:2; Oehrenstock-Roda-Ilmeneau 6:1; Dürndorf-VfB Saalfeld 4:4; SV Ilmeneau-Steinbach-Hallenberg 9:6; Stadtilm geg. Königsee 6:6; Saalfeld-Lehrten 3:3.
Jena: FSV Jena-Jena-Ost 1:3; Jena-Ost-Weimar 6:1; SV Anold-FCV Jena 0:0 - Salzungen; BV Salzungen geg. Kloster Allendorf 2:1; BV Salzungen-FT Erfurt 5:2; FSV Eisenach-FT Erfurt 4:1; Tiefenort-Vacha 2:0; Lembach-Kloster Allendorf 2:4; Gumpelstadt-Barchfeld 2:4.
Weisfeils: Wacker-Hohenmölsen-Ruhitz 5:0; Thießer-Graben 3:1; Graben-Rehmsdorf 6:2; Fr. Zeitz geg. Eisenberg 3:0. SV Teuchern-SV 1912 Pegau 4:5; Grana geg. Zangenberg 6:2; Bergisdorf-Heugewalde 10:1; Aue geg. Döschwitz 3:2.
Altenburg: Turnerbund-Zechnau 5:1; Treben-Thräna 1:2; Meuselwitz-Leipzig-Stütertitz 4:3; Bad Köstritz geg. Friesen-Altenburg 5:2. Schmölln-Nobitz 2:1; Vorwärts gegen Rötha 7:2; Meuselwitz II-Ronneburg 1:2; Meuselwitz III-Ronneburg II 1:0; Meuselwitz Jgd.-Vorwärts

Wer wird Handball-Sachsenmeister?

1930 noch nicht beteiligt. Für 1932 spielt Zittau der Einfachheit halber im Oberlausitzer Bezirk mit, wurde aber von Leutersdorf geschlagen, so daß auch hier die Beteiligung ausfiel. Leutersdorf vertritt dadurch die Oberlausitz und den Zittauer Bezirk. Für den nicht aufgeführten Bezirk Limbach-Burgstädt dürfte die Mitwirkung erst 1933 in Frage kommen, da sich die bekannten Wittgensdorfer Raffballmannschaften erst jetzt auf Handball umgestellt haben.

Am 20. März spielen nun in Riesa die Sportvereine gegen Roßwein, in Dresden-Löbtau die Coschützer gegen Leutersdorf und in Sachsenfeld der Meister Geyer gegen Raschau. Bei den Spielen bilden Leipzig, Mittweida-Döbeln und Meißen-Riesa die nordsächsische Gruppe. Im ostsächsischen Verband sind zusammengefaßt Dresden, die Oberlausitz mit Zittau, Freital-Freiberg und Pirna-Sebnitz, so daß in der westsächsischen Gruppe Chemnitz, Zwickau, das Erzgebirge, Plauen-Vogtland und Annaberg-Buchholz verbleiben. Die ersten Spiele sind Ausscheidungsspiele, die Gruppenbesten ermittelt dann die Punktrunde der Kreismeister. Dieser vertritt Sachsen in den Spielen um den Besten des Mitteldeutschen Verbandes, da diesmal die Bundesmeisterschaft im Handball ausgetragen wird.

Jgd. 4:6; Treben II-Thräna II 1:3; Treben Kna-Thräna Kna 1:3; Reuden I-Falke-Kriebitzsch 1:1; Höpfer II geg. Rositz II 2:1; Ausschcheidungsspi.; Reuden II-Falke-Kriebitzsch II 3:2.

Handball
Gera-Leumnitz-Gera-Untermhaus 0:14; Gera-Pforten gegen Gera-Ost 2:3; Runitz-Windischenberndorf 2:15; Dürrenbergdort-Gera-Zwötzen 1:3; Gera-Ost Spielerninnen-Schmölln Spielerninnen 4:0; Arnstadt-Ichtershaus 4:2.

Ein Vereinswettkampf der Arbeiter-Athleten in Cunewalde findet am kommenden Sonntag in der Blauen Kugel in Cunewalde statt. Als Gegner stehen sich die Vereine aus Bautzen und Annawalde gegenüber. Es werden Kämpfe geboten im Boxen, Ringen und Gewichtheben.

Turn- und Sportverein Wilkau E.V. Freitag, 4. März 1932, 20 Uhr, in der Linde: sehr wichtige Vereinsversammlung. Referent Bezirksturnwart Gen Schröder.

Freie Turnerschaft e. V. Heidenau. Sonnabend, den 5. März, 19.30 Uhr, Turnplatz 15. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Kleine Sportsnachrichten

ASC (Verein für Leichtathletik, Handball, Hockey). Die Turnveranstaltungen finden jetzt wieder regelmäßig statt für Männer und Jugend: Dienstage ab 8 Uhr, Neukölln, Weiestr. 20, Freitags ab 8 Uhr, Trept., Realgymn. am Rathaus, Neue Krugalle 10, Frauen Donnerstags ab 8 Uhr, Neukölln, Weiestr. 20, Neuanmeldungen an den Übungsabenden. Auskünfte durch K. Nakoinis, Trillstr. 52.

Organisationsnachrichten

SAP
Ortsgruppe Tiergarten: Donnerstag, 3. März, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Scholtz, Levetzowstraße 21.
Ortsgruppe Wilmersdorf: Mitgliederversammlung Freitag, 4. März, 20 Uhr, bei Kukka, Lauenburger Straße. Thema: Tagespolitik. Ref: Elsa Wigmann.
Ortsgruppe Kreuzberg: Freitag, 4. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Look, Schönebergstr. 6.
Ortsgruppe Neukölln: Donnerstag, 3. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Biersäle, Bergstr. 147.

SJV
Mitteilungen der BL.
Achtung! Für alle Gruppen! Am Dienstag, dem 8. März, fallen alle Veranstaltungen aus. Große Kundgebung bei Klemm. Der Sozialistische Jugendverband ist im Gartensaal. — Bei uns sprechen Fenner Brookway, London, und Max Seydewitz. Ladet alle SAJ-Gruppen ein!
Obiente-Konferenz: Sonnabend, 12. März, im Jugendheim, sehr wichtige Tagesordnung. Den Tag freihalten!

Heute, Donnerstag, 3. März, 19.30 Uhr:
Charlottenburg-Mitte: Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Allee II: Wir und die Präsidentschaftswahl.
Mitte Nord: Kursus Dora Fabian. „Der Kampf um die Macht“.
Mitte Süd: Tagespolitik.
Möbitz: Mitgliederversammlungen.
Schönholz: Einführung in den Marxismus.
Wärther Platz: „Mittweida“: Mitgliederversammlung.
Westend: Tagespolitik.
Zehlendorf: Gruppenabend bei Rieck, Eisvogelweg 35.

Antifaschistisches Kartell Wedding: Donnerstag, 3. März, im Lokal Barleben, Burgdorfer Straße 13, Einzug Wildenowstraße: 19 Uhr: Aktionsausschuß; 20 Uhr: Kartellsitzung.

Internationale Hilfsvereinigung, Ortsgruppe Berlin: Mitgliederversammlung Freitag, 4. 3., im Sekretariat SW 48, Wilhelmstr. 135. Tagesordnung: 1. Unser Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz (Mooney, Bov, Heitbaum usw.), Ref: Gen. Jakob Schlor; 2. Märzkundgebung; 3. Ergänzungswahlen; 4. Verschiedenes.

Deutsche Friedensgesellschaft: Freitag, 4. März, 20 Uhr, spricht Rechtsanwalt Dr. Jant in der Bezirksgruppe West im Restaurant Dortmunder Union-Klause, Kurtfriesendamm 22, über „Faschismus, Bolschewismus, Demokratie und Pazifismus (Humanismus)“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel-Verlags-AG, m. H. Druck, Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.
Bezugpreis für einen Monat durch die Spedition RM 2 40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2 10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich zuzüglich RM 30 Porto.
Inseratpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Donnerstag 3. März
20 — 22.45 Uhr
Così fan tutte
Führmann Henschel

Schauspielhaus
Gendarme markt
Donnerstag, 3. März
20 — 22.30 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstr.
Donnerstag 3. März
20 — 22 1/2 Uhr
Die Mitschuldigen
Hierau:
Der zerbrochene Krug

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
„Emil und die Detektive“
dazu
„Bei Raffkes“
Fox tönende Wochenschau

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Kameradschaft
und
Wenn die Soldaten . . .
Fox tönende Wochenschau

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 große Schlager:
Charl. Susa, Gast. Fröhlich in dem
Spionage-Film
„Unter falscher Flagge“
Feiner Job. Riemann, Magda Schneider
in der Tonfilmoperette
„Fräulein —
falsch verbunden“

M. I. L. A.
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Tonfilmschlager
„Mein Freund der Millionär“
dazu: ein Tonfilmbester
„Der Bergführer von Zakopane“
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vor Beginn

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Zwei Tonfilme ersten Ranges:
Es wird schon wieder besser
das große Ufa-Lustspiel mit Dolly Haas,
Heinz Rühmann u. der übrigen großen
Besetzung.
Überfall auf d. Mexiko-Express
(Mexikanische Brautfahrt)
dargestellt von Richard-Talmadge-Tonfilm,
ausgezeichnet durch sein atemberaubende
Tempo, Spannung, Sensation und Humor.
Jugendliche haben Zutritt.
Einlaß 1.5 Uhr. Eintrittspr. ab 0.50 RM

Filmopalast Puhlmann
Schönhauser Allee 148
„Mein Herz sehnt sich nach Liebe“
(Der Heilige) mit Max Adalbert
Fox tönende Wochenschau
Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142

Der Herr Bürovorsteher
mit Felix Bressart
So'n Windhund
mit Max Adalbert
Fox tönende Wochenschau
Anfangszeiten: Wochentags 5, 7, 9 Uhr
Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

Theater des Weddings
Müller-Ecke Sellenstraße
„Die Liebestiliale“
mit Joh. Riemann, Anny Ahlers, und
„Sonntag des Lebens“
mit Camilla Horn
und das reichhaltige tönende
Seiprogramm

Genossen
Beachtet unsere Inserate!

Die Ente
Erscheint jeden Donnerstag
Aus dem Inhalt
der neuen Nummer:
Düsterberg als Stillekeits
apostol / Frau Gabels läßt
sich schelden / Abentener
im Schlafwagen / Victor Hahn
und der Kronprinz / Hindenburg
vor 7 Jahren
II. Jahrgang
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern. Probenummern gratis
vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

HAUS VATERLAND
Rappung Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Genossen
über 24 Jahre
als Abonnentensammler
und Vertriebsleute
für satirische Zeitschrift
gesucht. Gute Bedingungen,
Meldungen möglichst schriftlich
bei Ligowski, Zehlendorf
(Onkel Toms Hütte), Grunewald-
allee 159

Kampfsignal
morgen neu!

Bierstreik wird ausgesetzt

B. S. Nachdem Dienstag bereits die Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Berlins ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen bekundet hat, wenn sie sich auch noch nicht zu einem Streikabbruch entschließen konnte, hat jetzt die Reichsorganisation des Gastwirtsverbandes, der Deutsche Gastwirteverband, einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der voraussichtlich baldige Verhandlungen mit der Regierung in der Frage der Biersteuererhöhung und der damit zusammenhängenden Forderungen der Gastwirte ermöglichen wird. Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Gastwirteverbandes erklärt am Mittwoch folgendes:

„Durch die ungeheure steuerliche Ueberlastung des Gast- und Schankwirtsverbandes, die den meisten Betrieben keine Existenzmöglichkeit mehr läßt, sind an einzelnen Orten zahlreiche Gastwirte zu dem scharfen Abwehrmittel des Bierboykotts geschritten, nachdem sie zu der Ansicht gekommen waren, daß den Zusagen der Reichsregierung nur mit Mißtrauen begegnet werden könne. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Reichsregierung an ihrer Zusage, vom 20. März d. J. ab die Biersteuer dort, wo sie 22 Reichsmark je Hektoliter beträgt, um sieben Reichsmark zu senken, unbedingt festhält und bereit ist, die Verhandlungen mit den Vertretern des Gastwirtsverbandes über den ganzen Getränkesteuer-Komplex beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Diese Verhandlungen können aber nach Ansicht der Reichsregierung nur dann fortgesetzt werden, wenn der äußere Druck des Bierboykotts in Wegfall gekommen ist.“

Mit Rücksicht hierauf empfehlen wir der Kollegenschaft und den am Bierboykott beteiligten Organisationen, diesen solange auszusetzen, bis die Verhandlungen beendet sind.

Für diesen Zeitraum braucht nach der Ergänzungsverordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung auf Antrag der örtlichen Vereine der Ausschankpreis nicht gesenkt zu werden. Die Preissenkung der Brauereien bleibt dagegen bestehen. Sollten die im Gange befindlichen Verhandlungen scheitern, dann würde sich für die Verbandsleitung eine neue Situation ergeben, die es ihr zur Pflicht macht, die Interessen des Gewerbes mit Nachdruck weiterzuvertreten.“

Wie wir hierzu erfahren, wird die Berliner Lokalkommission noch Mittwoch zu diesem Vermittlungsvorschlag des Deutschen Gastwirteverbandes Stellung nehmen. Da formell kein Abbruch, sondern nur ein Aussetzen des Bierstreiks verlangt wird, kann man annehmen, daß auf dieser Basis eine Verständigung mit der Regierung gefunden wird. Die entscheidenden Beschlüsse der Gastwirte dürften vielleicht noch rechtzeitig genug kommen, um die Massenentlassungen in den Berliner Brauereien zu verhindern.

Proteststreik in einer Bombayer Eisenbahnwerkstätte. In den Werkstätten der Great Indian Peninsular Railway in der Bombayer Vorstadt Matunga haben 4000 Arbeiter die Arbeit als Protest gegen die Weigerung der Behörden, die Löhne für die Zeit der kürzlichen Aussperrung zu bezahlen, eingestellt.

Moskau

Von Rudolf Werner

Copyright by Gustav Kiepenheuer Verlag.

1. Fortsetzung

Wir haben noch Zeit bis zur Weiterreise, trinken heißen Tee, den man überall auf allen russischen Bahnstationen bekommt, rauchen und radebrechen russisch. Es läßt sich nicht leugnen, der erste Eindruck ist überaus angenehm.

Wir reisen weiter, durch endlose, weite, verschneite russische Landschaft, in massigen, gutgeheizten doppelstöckigen Waggons. Jeder hat seine Platzkarte. Man kann nur auf Platzkarte reisen. Ein jeder hat seine breite, lange Ruhebank und für 3 Rubel 50 Kopeken Matratze und weißes sauberes Bettzeug. Edith spielt Ziehharmonika und singt von Karl und Rosa. Die kleine Hilde schnarcht, der Sachse schnarcht, der Kölner schnarcht, es schnarcht im ganzen Zug.

Moskau liegt unwahrscheinlich weit. Am Ende aber, nach einer Nacht und einem halben Tag wird es ernst. Moskau naht. Aufgewühlte Erde, Fabriken, vollendet teils und teils im Rohbau, gigantische Maschinenhallen, Stahlgelüste, Ueberführungen, Unterführungen, Straßenbauten, Gräben. Der Moskauer Sender. Dann endlich Moskau, die Metropole der neuen Welt.

Toller Lärm am Bahnhof. Da steht der

Ueber einen Preß-Prozeß, den die „SAZ“ bereits eine Würdigung hat angedeihen lassen, veröffentlicht die ZN-Korrespondenz folgende prinzipielle Bemerkungen, die uns wichtig erscheinen:

In der Zeitschrift „Oesterreich-Deutschland“ hatte der Leiter der Presseabteilung der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, Herr Wasserbäck, in bezug auf einen Artikel „Schluß mit Anschluß“ des Schriftstellers Herrn Beßmertny in der Zeitschrift „Neue Revue“ behauptet, die darin enthaltenen Mitteilungen über Mißstände in der österreichischen Monopolverwaltung seien Lügen, außerdem sei Herr Beßmertny von wirtschaftlichen Interessenten bestochen.

Indem von Herrn Beßmertny angestregten Beleidigungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur von „Oesterreich-Deutschland“ trat Herr Wasserbäck als Zeuge auf, da er als Exterritorialer nicht angeklagt werden kann; er blieb als eventueller Mittäter unverurteilt.

Für die Behauptung der Lüge brauchte der Angeklagte und mit ihm der Zeuge Wasserbäck keinen Wahrheitsbeweis anzutreten, da im Prozeß von der Korruption der österreichischen Monopolwirtschaft nicht gesprochen, deren Vorhandensein vielmehr unterstellt wurde, so daß auch der Kläger Beßmertny nicht Gelegenheit hatte, den Beweis für die Wahrheit seiner Behauptungen, den er aktenußmäßig belegen wollte, zu führen. Immerhin sagte der in Berlin beglaubigte österreichische Beamte hierzu,

daß jeder Staat Korruptionsercheinungen aufweise.

Zum Nachweis der Bestoehenheit des Herrn Beßmertny führte Herr Wasserbäck als Zeugen den Schriftsteller Herrn Anton Kuh und den Verleger der inzwischen eingegangenen Zeitschrift „Neue Revue“, Herrn Gert von Gontard an. Beide Zeugen versagten im Sinne des Herrn Wasserbäck völlig, im Gegenteil bekundeten sie unter ihrem Eide, daß sie niemals dahingehende Aeußerungen getan hätten, auch nicht gegenüber Herrn Wasserbäck. Herr Wasserbäck konnte diesen Zeugen gegenüber nichts anführen, wann oder in welcher Form sie ihm die Mitteilungen, die er als Zeuge behauptet hatte, gemacht haben sollten. Freilich versuchte er Herrn Kuh gegenüber mit einem „Protokoll“ zu operieren, das er von der Unterredung angefertigt habe. Dieses „amtliche Schriftstück“ entpuppte sich als eine Aufzeichnung, die Herr Wasserbäck nach der Unterredung gemacht haben will, die er aber nicht produzieren konnte, und deren Einzelheiten, soweit er sie vortrug, von Herrn Kuh als falsch, und noch nicht einmal psychologisch geschickt gemacht, zurückgewiesen wurden.

So blieb schließlich von den vielen Bekundungen des Herrn Wasserbäck als — freilich unvereidigter — Zeuge übrig, daß er sich, als er den anschlussgegnerischen Artikel las, gedacht habe, der Autor müsse bestochen sein. Der Vorgang, der sich an diesen „selbstverständlichen“ Gedanken eines geistlichen Diplomaten — Herr Wasserbäck ist katholischer Priester und Mitglied der

Bruder. Ich sah ihn seit dreiviertel Jahr nicht, ungewiß seines Schicksals, denn Briefe sind Papier, und Papier ist geduldig, und außerdem wird so viel Schlimmes und Schlechtes gesagt über Moskau. Es geht ihm gut. Er sieht gesund und glücklich aus. Na also!

Wir fahren in einem uralten Kutschwagen aus Väterchens Katharinas Zeiten durch Moskau. Moskau braust, schäumt, dampft und platzt fast vor Lebendigkeit. Der Kutscher brüllt sich freie Bahn durch die Massen, die unaufhörlich strömen und quillen aus Straßen, Gassen, Häusern, Bahnen. Da eins, zwei, drei, vier, fünf — dutzende Kirchen mit unzähligen goldenen Zwiebel-Kuppeln und Kreuzen. Dort ein Neubau, ganz aus Beton und Glas. Autos, Autos, Autos! An allen Straßenecken Verkehrsampeln Berliner Vorbild. Moskau ist Weltstadt, ganz international, aber man spürt Asien, Osten.

Der rote Platz.

Eine Ebene, beispiellos weit. Flankiert rechts von der gewaltigen Kremel-Mauer. Davor wuchtet marmorn das Mausoleum Lenins, das belagert ist von einer nach Tausenden und Abertausenden zählenden Menschenmasse, die den toten Führer, der dort ruht, allen sichtbar in einem gläsernen Sarg, besuchen will. Hinter der gezackten Kremel-Mauer unzählige Türme, weiße Palast-Fronten, Kuppeln, Kuppeln, Kuppeln, deren goldene Dächer und Kreuze aufflammen im Reflex der sinkenden Sonne. Phantastische Silhouette auf dem Hintergrund des dunkelblauen Spätnachmittag-Himmels.

Geradeaus die Basilius-Kathedrale, asiatisch, wild, bunt gewürfelt, ausschweifend, maßlos. Ein herrliches Ungetüm, ein Monstrum. Links die fast kilometerlange Front der Börse und Passage. Autohupen heulen über den Platz. Man sieht keine Menschen, nur Menschenmasse. Es gibt scheinbar nur noch Arbeiter, keine Müßiggänger und Flaneure. Einfachste Kleidung, kein Hut, nur

Pressereferent Wasserbäck

Die Schule der Verleumdung

Gesellschaft Jesu — anschoß, war dann so: Herr Wasserbäck rief den Schriftsteller Herrn Kuh telephonisch an, indem er vorgab, er halte diesen für den Verfasser des mit „K.“ gezeichneten Artikels. Obwohl Herr Kuh regelmäßiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Neue Revue“ war, konnte kaum jemand auf den Gedanken kommen, daß er auch der Autor dieses sich mit Wirtschaftsfragen trocken beschäftigenden Aufsatzes sei, da dieser, in Stil und Inhalt, mit Kuh nichts zu tun hatte. Herr Kuh sagte als Zeuge, daß

er über diesen Anruf aus der österreichischen Gesandtschaft aufs äußerste bestürzt und sehr beunruhigt, ja verängstigt gewesen sei, da er als Oesterreicher Verfolgungen durch seine Heimatbehörde befürchtet habe.

Deshalb habe er sich am Telephon gegen den Verdacht der Autorschaft heftig gewehrt, auch besonders auf deren geistige Unmöglichkeit hingewiesen. „Aber freilich“, sagte er mit Hinblick auf Herrn Wasserbäck vor Gericht, „daß Unwahrscheinlichste für den Eingeweihten ist das Wahrscheinlichste für den Böswilligen.“

Obwohl nun also Herr Wasserbäck wußte, daß Herr Kuh nicht der Autor war, rief er in der Redaktion der Zeitschrift „Neue Revue“ an und fragte, ob er von der Nummer „mit dem Aufsatz des Herrn Kuh“ einige Exemplare haben könne. Auf diese Weise hoffte er, den Namen des wirklichen Verfassers zu erfahren.

Dies ist der vor Gericht festgestellte Vorgang, durch den erwiesen ist:

1. Der Pressechef der österreichischen Ge-

sandtschaft, der den Verkehr mit der Presse amtlich zu pflegen hat, hält jeden Journalisten, der nicht so schreibt, wie er es wünscht, ohne Beweis oder irgend einen Verdachtspunkt für bestochen.

2. Er telephoniert mit dem der Autorschaft eines Artikels, der österreichische Mißstände aufdeckt, verdächtigten Oesterreicher dort, daß dieser Furcht vor Repressalien bekommt.

3. Um einen Autornamen festzustellen, bedient er sich des Mittels der bewußten Unwahrheit.

4. Er bekundet vor Gericht, daß mehrere Zeugen ihm etwas gesagt hätten, während das nicht der Fall ist und im Gegenteil er diesen Zeugen das gesagt hat, was sie nach seiner wahrheitswidrigen Aussage ihm gesagt haben sollen.

5. Er beschuldigt ohne den Schatten eines Beweises einen Schriftsteller öffentlich der Bestechlichkeit.

6. Er fertigt von Unterredungen mit Schriftstellern hinterher einseitige „Protokolle“ an.

Durch dieses sein Verhalten und sein Auftreten vor Gericht erwies sich Herr Wasserbäck als eine Kreuzung von „Jesuit“ und „Diplomat“ im vulgärsten, als jener Typus, der durch Lügen jeder Art einer versteckten Sache zu dienen glaubt, der die Beziehungen zwischen Völkern und Menschen durch Intriguen vergiftet und verdirbt und der verschwinden muß.

Wie wir hören, wird in journalistischen Kreisen erwogen, den Verkehr mit diesem Pressevertreter einzustellen.

Corsi mit dem Paß Mussolinis

Berlin, 2. März 1932.

Seit etwa einem Jahr zieht im Auftrage des Parteivorstandes der SPD ein Redner durch die Lande, der auf Grund der schlimmen Erfahrungen, die er im faschistischen Italien gemacht hat, den Arbeitern erzählen muß, daß die Tolerierungspolitik das einzige Kampfmittel gegen den Faschismus ist. Um diesen Redner, Mario Corsi, haben die SPD-Instanzen zwecks Erhöhung seiner Anziehungskraft einige Legenden gewoben. Dieser italienische Professor soll dem italienischen Parteivorstand angehört und von den Faschisten vertrieben worden sein.

Jetzt hat sich in Sachsen ein kleiner Betriebsunfall ereignet, der die Veranlassung dafür gegeben hat, daß die sächsischen SPD-Blätter ein paar interessante kleine Fingergeständnisse machen müssen. Erstens ist dieser Italiener kein Italiener, sondern ein Südtiroler. Zweitens trägt er nicht den schönen italienischen Namen Corsi, sondern heißt ganz schlicht und deutsch Inwinkl. Drittens aber ist er überhaupt nicht von den Faschisten vertrieben, sondern besitzt einen von dem faschistischen Generalkonsulat in München ausgestellten Paß. Und schließlich haben wir

erfahren, daß er in den maßgebenden Kreisen der italienischen Sozialisten überhaupt nicht bekannt ist, weder als Corsi, noch als Inwinkl.

Wie schlimm muß es um die Tolerierungspolitik bestellt sein, wenn man sich mit solchen Mitteln Kronzeugen für ihre Richtigkeit beschaffen muß!

Schlange bledert sich bei Hitler an

Berlin, 2. März 1932.

Von der Veranstaltung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), über die wir gestern berichteten, tragen wir ergänzend nach, daß der Reichsminister Schlange-Schöningen noch darauf hingewiesen hat, daß „jede, auch jede kommende, Regierung des Reiches darauf bedacht sein müsse, ihre außenpolitischen Verhandlungen mit dem Ausland nicht mit dem Hunger als Feind im Rücken zu führen.“

Diese Wendung wurde von den Teilnehmern der Veranstaltung als eine Annäherung an ein Hitler-Regime aufgefaßt und sollte wohl auch so aufgefaßt werden.

Mützen und Pelzkappen und Soldatenhelme. Soldaten, Soldaten, Soldaten — wohin man blickt.

Wir fahren über die Moskwa. Drüben ein langgestreckter, weißer riesiger Palast, Profintern, Palast der Arbeit. Das neue Elektrizitätswerk. Gigantische Wohnkomplexe, nützlich und schön, weitauftragend zwischen den Dächern alter, windschiefer Häuser. Im Hintergrund die Erlöser-Kathedrale, zur Hälfte schon abgerissen. An ihrer Stelle wird ein Sowjet-Palast von nie gekannten Ausmaßen errichtet. Komintern, Palast der Kommunistischen Internationale. Museen, Universitäten, Kliniken, Bibliotheken, alles einst Paläste der Fürsten und Feudalen.

Die Straßen! Sie sind der ganze Stolz der Bolschewiki, denn sie haben erst angefangen, planmäßig und im großen Stil zu bauen. Sie gehen dabei fast brutal über Hindernisse hinweg, reißen ab, schmeißen um, was ihnen im Weg steht. Die neuen Straßen sind großzügig, breit, geräumig gebaut. Die Straße X hat laut Plan beispielsweise am zehnten fertig zu sein. Stockt das Tempo, dann werden Stoßbrigaden eingesetzt, und es wird Tag und Nacht ununterbrochen in drei Schichten geschafft. Nachts beleuchten Scheinwerfer das Arbeitsfeld, oft ist ein Radio-Lautsprecher über den Arbeitsabschnitt gespannt.

„Seht, wir bauten diese Straße in 30 Tagen!“

verkündet dann stolz ein Transparent. „Haltet sie rein, es ist unsere Straße!“ Wahrhaftig, sie halten sie rein. Ueberall in ganz Moskau, auf allen Straßen, Plätzen, in allen Häusern und Büros stehen alle paar Schritt Abfallkästen. Immer wieder finden „Saubereitsaktionen“ statt. Genügt zur Durchführung solcher und ähnlicher Aktionen der Apparat der Milizionäre nicht, dann werden Tausende von Jungkommunisten eingesetzt, die mit besonderer Befugnis ausgestattet werden.

Ein Beispiel einer anderen Aktion: Die Unsitte der kleinen Bengels, als blinde Passagiere auf den Puffern der Straßenbahnen durch Moskau zu kutschieren, hat Ueberhand genommen. Die Milizionäre wurden allein nicht fertig mit diesem Uebel. Jungkommunisten wurden eingesetzt, hielten jeden also behängten Straßenbahnwagen an, säuberten ihn. Und in wenigen Tagen war das Uebel liquidiert. Liquidieren — das ist der Fachausdruck dafür. Wir fahren weiter kreuz und quer durch Moskau.

Es dunkelt. Nein, es wird hell! Millionen Lichter flammen auf. Scheinwerfer, serienweise aufgestellt auf Dächern und Mauern wie Lichtbatterien, feuern grelle Lichtkegel auf Straßen und Plätze.

Ist die russische Düsterteit überwunden? Ist sie Sowjet-Raffinesse, Bolschewisten-Trick, diese Licht-Organie? Soll sie gewaltsam überlichtet?

Ich sah nirgends soviel Licht. Es gibt keine dunklen Gassen mehr, nicht einmal mehr unbeleuchtete Hausnummer-Schilder.

Mein Bruder erzählt: „Hier diese Straße, vor drei Monaten noch war sie ein einziger Schlammgraben. Jetzt ist sie spiegelglatt asphaltiert. Sieh, drüben das Hochhaus, bei meiner Ankunft vor dreiviertel Jahr war das ein Trümmerhaufen abgerissener Kaschemmen!“

Das ist Moskau: Hier alter Dreck und Morast, dort stählerne Streben, Glas und Beton...

Ich lebe unter Russen,

erlebe ihren Alltag, in ihrem Haus, ihrer Stalowaia, ihrer Fabrik, ihrem Klub wie ihresgleichen. So lernt man ein Volk kennen. Hotels sind alle gleich. Sind Proszeniumslogen, von denen aus man die Lebensbühne in falscher, schiefer Perspektive sieht.

Programm-Entwürfe

III. Vorschlag von Reichenbach-Düsseldorf

I. Die Krise des kapitalistischen Systems.

1. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise im Weltmaßstab ist der sichtbare Ausdruck für die Steigerung der monopolistisch-imperialistischen Form des Kapitalismus bis zum offenen Ausbruch seiner inneren Widersprüche. Die Stufe der Entwicklung, auf der die Produktivkräfte in offenen Widersprüch treten mit den Produktionsverhältnissen ist erreicht. Die zyklischen Krisen der früheren Perioden waren trotz des Elends, das sie über die proletarischen Massen brachten, gleichzeitig „Gesundheitskrisen“ für das kapitalistische System: durch die Entleerung der Märkte, Zerstörung von nicht mehr verwertbaren Produktionsmitteln wurde gleichzeitig Raum geschaffen für die Wiederankurbelung der Wirtschaft, um so mehr, als die Möglichkeit expansiven imperialistischen Vorstoßes der großen Industrieländer neue Absatzmöglichkeiten erschloß. Nachdem der Kampf um die Absatzmärkte zum Kriege führte, wurde durch diesen Krieg den großen kolonialen und halbkolonialen Gebieten der Weg zur selbständigen Wirtschaftsentwicklung und zur Industrialisierung erschlossen. Daher kann der imperialistische Kampf heute nur noch im geringen Maße um zusätzliche Märkte gehen. Er wird zu einem Kampf um die Neuaufteilung der sich ständig reduzierenden Absatzgebiete und Interessensphären. Dieser Aufbau wird weiter verschärft durch den Aufbau Sowjetrußlands mit dem Ziel: durch den Ausbau einer autarkischen Gemeinwirtschaft 180 Millionen Menschen aus dem kapitalistischen Wirtschaftsprozess zu befreien.

2. Die Weiterexistenz des Kapitalismus, d. h. die Sicherung seiner Profitbasis, kann nur durch immer stärkere Belastung der Arbeiterschaft erfolgen. Aber damit führt die steigende Erschütterung des ökonomischen Unterbaus zu einer wachsenden Erschütterung des politischen Oberbaus. Immer deutlicher wird für den bürgerlichen Staat die Unmöglichkeit, die Illusion aufrecht zu halten, als könne er diese Gegensätze zu einem Ausgleich bringen. In dem Maße, wie die bürgerliche Gesellschaft mit dem Schwinden dieser Illusion für den Bestand ihrer Machtpositionen fürchtet, entwickelt sie sich in ihren politischen Formen von parlamentarisch-demokratischen Methoden zur Faschisierung des Staatsapparates. Bedeutet die monopolistische Form des Kapitals die ökonomische Diktatur auf erhöhter Stufenleiter, so soll mit dem Faschismus die politische Diktatur als Bollwerk gegen das erwachende Proletariat errichtet werden.

II. Der Klassenkampf.

3. Die historische Periode des Ringens der Klassengegensätze auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus, eines Kampfes, der mit der Niederlage des Reformismus geendet hat, ist damit abgeschlossen. Die Periode der Diktatur tritt in ihrer unerbittlichen Alternative: „Diktatur des kapitalistischen Staates“ oder „Diktatur des Proletariats auf der Bühne der Geschichte.“

Gerade in Deutschland sind die ökonomische Krise und die kapitalistischen Diktaturtendenzen aus einer Reihe ökonomischer und politischer Gründe zu einem Brennpunkt der kapitalistischen Entwicklung geworden. Die Arbeiterklasse kann in Deutschland jederzeit vor die Aufgabe des Kampfes um die Macht gestellt werden. Darum betrachtet es die Sozialistische Arbeiterpartei als ihre Pflicht, die Arbeiterklasse vor neuen einschläfernden Illusionen zu warnen und indem sie die entschieden revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung zusammenschließt, stellt sie diesen die Aufgabe, die geistigen politischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen für die Entfaltung der revolutionären Klassenaktionen.

4. Die in der Sozialdemokratie und der II. Internationale verkörperte Politik des Reformismus war die Politik der Stützung des kapitalistischen Wiederaufbaus. Sie half die Voraussetzungen für die faschistisch-diktatorische Machterfaltung der Bourgeoisie schaffen, indem sie durch das Festhalten an der Illusion demokratisch-parlamentarischer und wirtschaftsdemokratischer Machteroberung die Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes preisgab, die Kampfkraft der Massen lähmte und damit die Machterfaltung der Bourgeoisie förderte. Je mehr aber die herrschende Klasse, ökonomisch in ihrer Niedergangsepoche, ihre politischen Machtpositionen diktatorisch ausbaut, desto mehr wird sie der Notwendigkeit entthronen, dem ohnmächtigen Reformismus irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Der Reformismus und seine gesellschaftlichen Erscheinungsformen, Sozialdemokratie und die Bürokratie der Gewerkschaften befinden sich deshalb in einer Sackgasse. Fesselt sie das Interesse der Erhaltung der zum Selbstzweck gewordenen Apparate an den bürgerlichen Staatsapparat, zwingt sie ihre Logik den Weg ihrer klassenwidrigen Politik zu Ende zu gehen, so entzieht sich der Reformismus jeden tatsächlichen Rückhalt in den Massen durch die Erfolglosigkeit seiner Politik. Darum

steht er sich auch gezwungen, die Demokratie in seinen Organisationen abzubauen, eine hemmungslose Apparatherrschaft zu errichten und so die eigene historische notwendige Zersetzung vorzubereiten. Die Sozialistische Arbeiterpartei hat der Arbeiterklasse vor allem das eine zu sagen, daß diese ihre Kampffähigkeit nur in breiter Massenfront herstellen kann, wenn sie den Einfluß der reformistischen Bürokratie und des reformistischen Führertums bricht.

5. Die monopolistische Entwicklung des Kapitals und seine Internationalisierung hat den Gewerkschaften ihre bisherige Kampfführung unmöglich gemacht, die Wirtschaftskrise erledigt sie auch als Unterstützungsorganisation. Die Diktatur des legalen Faschismus hat durch die Notverordnungen mit einem Federstrich den Gewerkschaften jede Möglichkeit genommen, Lohnkämpfe auch nur in den bescheidensten wirtschaftsdemokratischen Formen zu führen. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse ist ohne die Revolutionierung der Gewerkschaftsmitglieder unmöglich. Daher erwächst für die Sozialistische Arbeiterpartei die Aufgabe, die verschiedenen revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um die Einigung der Arbeitermassen im Kampf um die Eroberung der Produktionsmittel von der wirtschaftlichen Front her vorzubereiten. Um die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse den heutigen Erfordernissen anzupassen, ist der Umbau zu Industrieverbänden und eine grundlegende Aenderung ihrer Taktik zu propagieren. Ohne den Uebergang zur Taktik des Massenstreiks, ohne die Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes ist der ökonomische Kampf des Proletariats nicht mehr zu führen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die revolutionäre Situation die unter immer schärfer werdendem Druck der Kapitalsdiktatur in die Epoche des bewaffneten Aufstandes überleitet wird, als Basis die breite Front des politischen Massenstreiks findet, in dem sich die Klasse zum Kampf organisiert.

6. Die Parteien der III. Internationale und ihre Splittergruppen, die sich von ihnen nur taktisch unterscheiden, sind zur revolutionären Führung des Proletariats unfähig. Die Diktatur des Apparates der Komintern und ihre Politik, die in ihrem Schwanken zwischen scheinrevolutionärem Putschismus und parlamentarischer Konkurrenzpolitik zwar den jeweiligen russischen Staatsinteressen, nicht aber den Klassenkampfinteressen des Proletariats der großindustriellen Länder entspricht, ist eine Hemmung für die Entfaltung proletarischer Klassenaktionen. Insbesondere leistet die KPD durch ihre rationalistische Konkurrenzpolitik, Zutreiberdienste für den deutschen Nationalismus und Militarismus und hindert durch ihre opportunistische und kleinbürgerliche Agitation die Bewußtseinsklärung der Arbeiterschaft. Durch ihre RGO-Politik und die Errichtung eigener parteibürgerlicher Gewerkschaften sucht sie die gegen den Reformismus rebellierenden Massen in neue Fesseln einer nicht weniger rücksichtslosen Apparatdiktatur zu schlagen und isoliert die besten revolutionären Arbeiter ihrer Partei von den Massen.

7. Diese Entwicklung der KPD und der III. Internationale bestimmt in ihrem Zusammenhang mit der russischen Staatspolitik auch die Stellung der SAP zu Sowjetrußland. Die SAP wird alles daran setzen, die Sowjetunion gegen Angriffe der kapitalistischen Staaten zu unterstützen und wie jede Versuche der Bourgeoisie, das Proletariat in neue Kriege hineinzutreiben, einen etwaigen Angriff auf Sowjetrußland beantworten mit dem Appell an das Proletariat, mit revolutionären Mitteln den Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln, zum Kampf um die Eroberung der Macht. Aber die russische Aufbauarbeit — der wirren Planlosigkeit des Kapitalismus weit überlegen — ist noch kein Aufbau der kommunistischen Gemeinwirtschaft; es ist der große historische Versuch, auf dem Boden der besonderen Verhältnisse Rußlands zum Sozialismus zu gelangen. Aber auch die Sowjetunion untersteht in ihrem Aufbau in ökonomischer wie politischer Hinsicht den Gesetzen der dialektischen Entwicklung, aus den Gegen-

sätzen: die große historische Leistung des russischen Proletariats und seiner führenden Partei der Bolschewiki hatte Oktober 1917 die proletarische Revolution zum Sieg geführt. Die Eroberung der Macht aber war erfolgt in einem Lande, dessen Proletariat sich zahlenmäßig gegenüber 140 Millionen Bauernmassen in der Minderheit befand und daher gezwungen war, zunächst den Landhunger dieser Bauern zu befriedigen. Die Befestigung der Macht und der Aufbau der Planwirtschaft mußte sich zudem vollziehen, in einem produktions- und verkehrstechnisch zurückgebliebenen Lande, in dem gleichzeitig erst die Voraussetzungen einer breiten proletarischen Bevölkerungsschicht geschaffen werden müssen. War es den Führern der russischen kommunistischen Partei klar, „daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution unmöglich ist“ (Lenin 1921), so ergab das Versagen des westeuropäischen Proletariats, das unter dem beherrschenden Einfluß seiner reformistischen Organisationen stand, die Notwendigkeit, den sozialistischen Aufbau in der Isolation in Angriff zu nehmen. Hieraus entwickelte sich mit gesellschaftlicher Notwendigkeit eine Politik des Kompromisses im Inlande wie gegenüber den ausländischen Mächten. Indem die Sozialistische Arbeiterpartei die Unvermeidbarkeit einer solchen Politik erkennt, sieht sie nicht minder die ideologischen und organisatorischen Konsequenzen, die diese Entwicklung für die revolutionäre Arbeiterschaft der großen Industrieländer gehabt hat und noch hat. Auch in ideologischer Hinsicht untersteht die russische Entwicklung und die Politik ihrer Führer den Gesetzen der materialistischen Dialektik: Aus der Not der Isolierung wurde die Tugend der Theorie des Kompromisses mit dem Bauerntum, wurde die Theorie der Interessengleichheit zwischen Arbeitern und Bauern und die Übertragung dieser Theorie auch auf Propaganda der kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands. Aus der Notwendigkeit der Kompromisspolitik wurde die Einbeziehung der Politik der kommunistischen Parteien in die Abhängigkeit von der staatsmännischen Interessenpolitik Sowjetrußlands mit ihren wechselnden Möglichkeiten. Vor allem aber wurde aus der Notwendigkeit, in einem Lande wie Rußland die Diktatur nur mit den schärfsten Mitteln einer Apparatherrschaft aufrecht halten zu können, die Gestaltung der Kominternparteien zu ordnungsmäßig von oben nach unten durchorganisierten Führerparteien. Daher jenes Schwanken zwischen Putschismus und Opportunismus, der ständige Wechsel der Parolen ohne jede politische Vorbereitung, ohne aus der Aktivität der Massen selbst zu erwachsen, der die revolutionäre Arbeiterschaft verwirrt und spaltet. Daher aber auch die maßlose Hetze gegen jedes selbständige Denken oppositioneller Klassengenossen innerhalb und außerhalb der kommunistischen Organisationen. Daher die Sabotage der wirklichen Einheitsfront. Die notwendige Einigung des Proletariats kann weder erreicht werden auf dem Boden des in der SPD noch in dem der KPD wirkenden politischen und organisatorischen Prinzips, sondern nur in der Auseinandersetzung mit beiden durch die kämpfenden Arbeitermassen. Hierfür die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

8. Jede kommende revolutionäre Situation wird in hohem Grade internationalen Charakter tragen. Die II. Internationale hat schon durch ihre Haltung während und nach dem Weltkrieg bewiesen, daß sie den Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes in keiner Weise mehr entspricht. In ihrer heutigen Form als lockere Vereinigung nationaler parlamentarischer Parteien läßt sie sich durch ihr Eintreten für den Völkerbund als Deckung für die Aufrüstungspolitik aller bürgerlich-nationaler Regierungen mißbrauchen, duldet Mitglieder imperialistischer Koalitionsregierungen in ihren Reihen und ist nicht nur jeder revolutionären Situation gegenüber untauglich, sie muß auch bei jedem Krieg aufs neue auseinanderbrechen. Die fortgeschrittene Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands macht es zur Pflicht der SAP, im Kampf um die Schaffung einer aktionsfähigen Internationale des Klassenkampfes voranzugehen.

(Fortsetzung folgt!)

Neue Massenentlassungen beantragt

Kattowitz, 1. März 1932.

Die Lage in der ostoberschlesischen Industrie nimmt von Tag zu Tag schlimmere Formen an. Im Laufe des gestrigen Tages sind weitere Anträge auf Schließung von drei Gruben, die über 5000 Arbeiter beschäftigen, beim Demobilisierungskommissar eingegangen. Insgesamt würden durch diese und andere neu beantragte Entlassungen 28 000 Arbeiter und Beamte ihre Arbeit verlieren.

Ein Gruß aus Schanghai an die Abrüstungskonferenz in Genf



Zeichnung von Deni in „Prawda“, Moskau.